

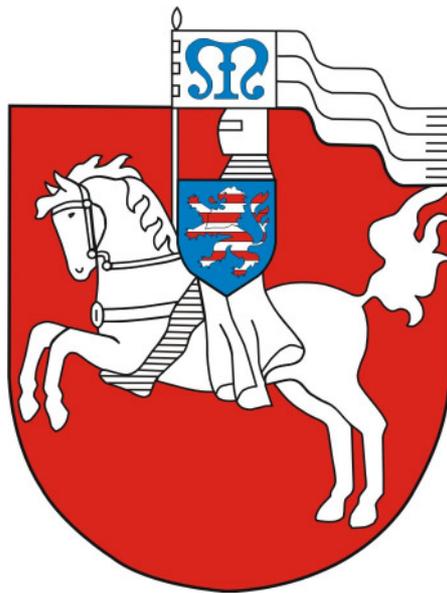
Projektbeschreibung für die Erläuterung der Anträge

bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

**sowie bei dem Hessischen Sozialministerium
Abteilung IV - Arbeit, Soziales, Integration
über das Regierungspräsidium Darmstadt**

als Modellvorhaben

**im Zusammenhang mit dem genehmigten Projekt für
Bildungs-Projekte in hessischen Standorten der
sozialen Stadt „Bildungspartnerschaften am
Richtsberg“**



Bildungspartnerschaften im Stadtwald, im Waldtal und in Wehrda

Projektbeschreibung 3, Mai 2007

**Jedes Kind soll mit guter Sprach- und Sozialkompetenz eingeschult werden
und durch Bildung in der Gesellschaft sein Leben positiv gestalten.
Eltern sollen gute Sozial-, Erziehungs- und Sprachkompetenz erlangen,
um bei der Erziehung ihrer Kinder verantwortlich mitzuwirken
und ihren eigenen Weg in der Gesellschaft zu gehen.**

Projektausrichtung:

Magistrat der Stadt Marburg, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
FD Jugendförderung, Frankfurter Str. 21, 35037 Marburg, jufoc@marburg-stadt.de

Ansprechpartner: Christian Meineke, Tel.: +49 6421 201126

Gliederung

1. Die Grundidee
2. Marburg, der Stadtteil Richtsberg und die Quartiere Stadtwald, Waldtal und Wehrda
3. Wieso Bildung von Kindern und Jugendlichen mehr umfasst als ein Kita-Angebot
 - a) *Pädagogische Anforderungen an Bildung heute*
 - b) *Die Situation von sozial benachteiligten Kindern*
 - c) *Die besondere Situation von Kindern mit Migrationshintergrund*
 - d) *Erfahrungen und Praxis der Bildung und frühkindlichen Bildung in Marburg*
4. Partnerschaften in der und um die Gemeinwesenarbeit: wieso und wozu?
 - a) *Grundsätzliches: „In Kooperation mehr erreichen als jeder für sich“*
 - b) *Empowerment und Ressourcen der Beteiligten: Zivilgesellschaft entwickeln!*
 - c) *Gemeinwesenarbeit und Partnerschaften am Richtsberg*
 - d) *Problemstellungen und bisherige Erfolge der Kooperationen am Richtsberg im Bereich von Sprachförderung und Bildung*
5. Eltern, Kinder, Träger, Vereine....integrieren: Projektbeispiele und Erfahrungen aus anderen Städten
 - a) *„Rucksack“ und „Hippy“*
 - b) *Opstapje*
6. Bildungspartnerschaften in Marburg: Geschichte der Projektidee
7. Die Vision: Bewährtes integrieren, Neues ausbilden
8. Zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Bildungspartnerschaften
 - a) *Projektstruktur*
 - b) *Leben mit Kind*
 - c) *Familienpaten*
 - c) 1. *Aufsuchende Elternarbeit*
 - c) 2. *Griffbereit*
 - c) 3. *Rucksack I*
 - c) 4. *Rucksack II*
 - c) 5. *Aus- und Fortbildung*
 - d) *Selbst- und Erziehungskompetenz*
 - e) *Verantwortung für das Kind*
 - f) *Sprachkurse*
 - g) *Musik, Kultur und Sport*
 - h) *Netzwerkentwicklung*
 - Projektsteuerung, Evaluation, Wissensmanagement**
 - i) *Projektsteuerung, Evaluation*
 - j) *Erfahrungstransfer*
 - k) *Wissenschaftliche Begleitung*
 - l) *Finanzplan des Gesamtprojekts*

Verfasst von:

Jugendförderung Stadt Marburg

unter Zugrundelegung des Projektantrags Bildungspartnerschaften am Richtsberg

und Mitwirkung der Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Ockershausen e.V., des Arbeitskreises Soziale Brennpunkte e.V. und der Elterninitiative Wolkenkratzer e.V.

1. Die Grundidee

„Bildungspartnerschaften“ steht für eine Idee, bei der von drei Marburger Stadtteilinitiativen mit jeweils bestehenden Netzen der Gemeinwesenarbeit, von Betreuungs- und Bildungsangeboten ein Schwerpunkt gesetzt werden soll, der sich speziell auf die Förderung der Bildung und Sprachkompetenz von Kindern und ihren Eltern bezieht. Hier sollen bestehende Aktivitäten integriert und vernetzt sowie neue Elemente ausgebaut werden, die speziell die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern und die Interaktion zwischen Eltern und Kindern im Blick haben.

Diese Idee wurde zunächst vor dem Hintergrund der besonderen Problemlagen am Richtsberg entwickelt. Nachdem über Sondermittel im Rahmen des Programms Soziale Stadt eine Förderung in Höhe von fast 70 Prozent für den Stadtteil Richtsberg erreicht werden konnte, entschied der Magistrat der Stadt Marburg, dass die für das Projekt Richtsberg zur Verfügung stehenden Mittel nicht eingespart werden sollten, sondern für die anderen Stadtteilinitiativen in sozialen Problemgebieten zur Verfügung gestellt werden sollten, um auch ihnen eine Beteiligung an dem Projekt Bildungspartnerschaften zu ermöglichen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass für die Quartiere Stadtwald und Waldtal eine Antragstellung zur Aufnahme in das Bund-Länder-Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – Die soziale Stadt vorbereitet wird. Die Förderung des Programmgebietes Marburg Richtsberg läuft 2009 aus.

Zur Finanzierung des Gesamtvorhabens werden Förderanträge auf Teilfinanzierung

- bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Höhe von 144.000 Euro
- sowie bei dem Hessischen Sozialministerium, Integrationsabteilung in Höhe von 90.000 Euro gestellt.

Die Stadt Marburg wird das Projekt im Falle der Bewilligung der Zuschüsse ebenfalls zusätzlich fördern. Die vorgesehene städtische Gesamtförderung beträgt 197.101 Euro (46%), davon werden 107101 Euro zusätzlich zu der vorhandenen Trägerförderung in Höhe von 90.000 Euro bereitgestellt.

Es wird beabsichtigt, dass mit der Durchführung des Programms in diesen drei Quartieren und am Richtsberg insgesamt über 90 Prozent der zugewanderten Menschen erreicht werden können, die in schwierigen sozialen und individuellen Lebenslagen Unterstützung und Hilfe bei der Bewältigung des Hineinwachsens in die Gesellschaft benötigen. Mit der Beantragung und erhofften Durchführung des Programms wird das Ziel verfolgt, innerhalb von drei Jahren nunmehr quasi in der gesamten Stadt Marburg eine soziokulturelle Haltung herzustellen, dass es sich lohnt und dass die Eltern dazu befähigt sind, bewusst und mit entsprechenden Werkzeugen und Materialien versehen, zudem mit der Unterstützung der Gemeinwesenarbeit, der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Schulen, systematisch und nachhaltig positiven Einfluss auf die Lern- und Sprachkompetenz ihrer Kinder zu nehmen. Die Durchführung des vorgesehenen Programms in der gesamten Stadt wird unseres Erachtens beispielhaft für gelingende Integration zugewanderter Menschen sein können. Entsprechend haben wir uns auch die Evaluation und die Erfahrungsweitergabe der Marburger Maßnahmen vorgenommen.

2. Der Stadtteil Richtsberg und die Quartiere Stadtwald, Waldtal und Wehrda

Die Stadt Marburg hat knapp 77.000 Einwohner. Die Universität (einschließlich Klinikum) ist mit über 6.000 Beschäftigten und etwa 18.000 Studierenden der wichtigste Wirtschaftsfaktor in der Stadt. In Marburg leben etwa 6000 Ausländer und 4000 Aussiedler, außerdem fast 500 Kontingentflüchtlinge (jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion). Diese Personen stammen vorwiegend aus der Türkei, der Russischen Föderation und der Ukraine, es folgen China, Italien, Serbien und Montenegro, Afghanistan, Iran, Griechenland und die USA.

Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben in den Quartieren Richtsberg, Stadtwald, Waldtal und Wehrda. Der Stadtteil Richtsberg ist ein Programmgebiet der sozialen Stadt, über 55 % der dort wohnenden ca. 8500 Menschen haben einen Migrationshintergrund.

Das Quartier Stadtwald liegt am Rande des Stadtteils Ockershausen. Anfang der Neunziger Jahre löste die Bundeswehr den hier gelegenen Kasernenstandort „Tannenberg“ auf. Mit dem Wegzug vieler Bundeswehrangehöriger und dem Zuzug neuer Familien veränderte sich das Konversionsgebiet grundlegend. Am Stadtwald leben sehr viele Menschen, die auf eine oder mehrere Arten wirtschaftlich und gesellschaftlich benachteiligt sind (kinderreiche und Ein-Eltern-Familien, hoher Anteil an Menschen die auf Hilfe zum Lebensunterhalt zurückgreifen müssen, viele zugewanderte Menschen, von denen die meisten von staatlichen Transferleistungen leben). Die Fluktuation der ca. 1.200 Personen ist überdurchschnittlich hoch. Kontakte entstehen nur zögerlich und gewachsene Netzwerke existieren nur sehr bedingt.

Das Quartier Waldtal liegt am Rande des Stadtteils Nordstadt in einem Seitental der Lahn. Das Waldtal ist das älteste bestehende soziale Problemgebiet der Stadt Marburg, hier wohnen ca. 1.650 Personen. Im Waldtal gibt es nach wie vor die relativ höchste Dichte an Personen, die von staatlichen Transferleistungen leben, darunter auch relativ viele zugewanderte Menschen, insbesondere aus den ehemaligen GUS-Staaten.

Das Quartier Ernst-Lemmer-Straße/Sachsenring liegt am hintersten Rand des Stadtteils Wehrda. Hier befinden sich die Sozialwohnungen des Stadtteils und obwohl Wehrda insgesamt als Stadtteil kein soziales Problemgebiet darstellt, zeigen sich in diesem Quartier deutliche Anzeichen dafür, dass hier relativ viele Menschen in prekären Lebenslagen wohnen, darunter auch viele zugewanderte Menschen.

In diesen drei Stadtteilen zeigen sich ebenso wie am Richtsberg ähnliche soziale und städtebauliche Entwicklungen wie in vergleichbaren (Groß-) Wohnsiedlungen anderswo. Seit 1989 gab es einen starken Zustrom von MigrantInnen aus Osteuropa in die Sozialwohnungen, so dass heute in den Quartieren etwa 40-60% der BewohnerInnen einen Migrationshintergrund aufweisen. Hier leben viele Kinder und Jugendliche sowie viele alte Menschen. Es lassen sich verschiedene - materiell und immateriell gesehen – benachteiligte Bewohnergruppen ausmachen: Der Anteil der Sozialhilfeempfänger ist in allen Quartieren deutlich überdurchschnittlich. Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher und Erwachsener ist sehr hoch. Viele junge Familien sind ökonomisch schwach. Es gibt eine Gruppe von Flüchtlingen ohne gesicherten Status, die sich aus verschiedenen Nationalitäten zusammensetzt. Diese Personen sind in finanzieller und rechtlicher Hinsicht benachteiligt und ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe in mehrfacher Hinsicht beschränkt.

In Folge der Marburger Tradition der aktiven Sozialpolitik entwickelte sich nach der Auflösung des ehemaligen sozialen Brennpunkts „Am Krekel“ in den Stadtteilen, in die die Bewohnerinnen und Bewohner zogen, Initiativen der Gemeinwesenarbeit. Im Waldtal wurde der „Arbeitskreis Soziale Brennpunkte e.V.“ (AKSB) gegründet, am Richtsberg die „Bürgerinitiative für soziale Fragen e.V.“ (BSF).

So war es nur logisch, dass sich mit dem Abzeichnen sozialer Problemlagen in einem Quartier in Ockershausen auch dort eine „Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Ockershausen e.V.“ (IKJG) gründete, die mit dem Wegzug der Bundeswehr vom Stadtwald ihren Aufgabenschwerpunkt dorthin verlagerte. Die jüngste Gründung ist die „Elterninitiative Wolkenkratzer e.V.“, die sich im Quartier Ernst-Lemmer-Straße / Sachsenring nun auch schon seit vielen Jahren um Kinder und Jugendliche kümmert und die Tätigkeiten der Erwachsenen vernetzt.

Unterstützt durch die Vereine wurden die Sanierungsaktivitäten intensiviert, bestehende Möglichkeiten der Beteiligung verbessert und die Vernetzung unter Trägern, Vereinen und Initiativen entwickelte sich weiter.

In den Quartieren lebt ein im städtischen Durchschnitt hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen. Diese haben vielfach einen Migrationshintergrund, und ein im städtischen Durchschnitt hoher Anteil von Kindern ist sozial benachteiligt. In den Quartieren sind verschiedene Betreuungseinrichtungen angesiedelt. Die Stichworte „Bildung“ und „Kindertagesbetreuung“ haben in der Arbeit eine zentrale Rolle.

Die Stadt Marburg fördert die Gemeinwesenarbeit in diesen Quartieren. Im Haushalt 2007 stehen hierfür die folgenden Mittel zur Verfügung:

Richtsberg (BSF):	519.846 Euro
Stadtwald (IKJG):	164.864 Euro sowie 21.380 Euro für Projekte
Waldtal (AKSB):	345.454 Euro sowie 35.280 Euro für Jugendarbeit SMH
Wehrda (Wolkenkratzer):	26.430 Euro sowie Zuschüsse für AGL

Darüber hinaus ist der AKSB im Waldtal Träger einer Kindertagesstätte.

Die zwei Gemeinweseninitiativen im Stadtwald und im Waldtal sowie die Elterninitiative Wolkenkratzer haben sich, nach der erfolgreichen Bewerbung des Stadtteils Richtsberg auf die Durchführung der „Bildungspartnerschaften am Richtsberg“ als Projekt der sozialen Stadt, bereit erklärt, gemeinsam mit der Stadt Marburg das Projekt Bildungspartnerschaften auch in ihren Quartieren durchzuführen und hierfür einen Teil der städtischen Zuschüsse bereit zu stellen.

3. Wieso Bildung von Kindern und Jugendlichen mehr umfasst als ein Kita-Angebot

Pädagogische Anforderungen an Bildung heute

Die Anforderungen an Bildung und Betreuung haben sich in den letzten Jahren verändert. Folgendes Zitat bringt das auf den Punkt:

„Unsere heranwachsenden Kinder sind das wichtigste „Humanvermögen“, damit unser Land in einer zunehmend globalisierten Welt bestehen kann. Ob künftige Generationen den Ansprüchen, Herausforderungen und Belastungen gewachsen sein werden, mit denen sie die Welt von morgen konfrontieren, wird weitgehend von der Bildung und Erziehung der Nachwachsenden in allen Lebensphasen abhängen. Die neuen Anforderungen, die aus dem Strukturwandel von Wirtschaft und Arbeitswelt resultieren, die zunehmende

Kinderlosigkeit, die Zunahme von Kinderarmut und die damit verknüpften Auswirkungen auf die langfristige Entwicklung von Kindern, die hohe Mobilität und die wachsende kulturelle Diversität, aber auch der Wunsch von Müttern und Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordern ein System von Kindertageseinrichtungen, das Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsaspekte integriert“. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003: 12)

Die gewandelten pädagogischen Anforderungen an die Bildung von Kindern und Jugendlichen und damit auch an Kindertagesbetreuung, wie sie das oben aufgeführte Zitat zusammenfasst, sind seit mehreren Jahren in der Diskussion. Die meisten Fachleute sind sich darin einig, dass das System der Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Deutschland diesen Anforderungen angepasst werden muss. Die nötigen Veränderungen betreffen aber nur einerseits die Ausweitung des Angebots – sprich: die Verlängerung der Öffnungszeiten und die Steigerung der Anzahl der Plätze, insbesondere für unter Dreijährige. Sie betreffen andererseits eine Reihe qualitativer Aspekte der Kindertagesbetreuung und der ihr zugrunde liegenden pädagogischen Konzepte. Diese richten sich auf grundlegende Erkenntnisse und Anforderungen, die etwa der gesellschaftliche Wandel und neue Technologien an Curricula von Schulen stellen, aber vor allem auf Ergebnissen aus Untersuchungen der frühkindlichen Pädagogik, die die besondere Bedeutung der Förderung der Entwicklung von Kleinkindern herausgestellt haben:

So wurden die ersten Lebensjahre eines Kindes lange Zeit als Entwicklungsabschnitt betrachtet, dessen zentrale Entwicklungsaufgaben in der Loslösung von den primären Bezugspersonen, dem Aufbau von Beziehungen zu Gleichaltrigen und zu fremden Erwachsenen sowie der spielerischen Erkundung der Umwelt lagen. In jüngerer Zeit wird dagegen zunehmend die Bedeutung von Lernprozessen hervorgehoben, die in den ersten sechs Lebensjahren eines Kindes stattfinden. Erkenntnisse der Bildungsforschung und der Entwicklungspsychologie haben gezeigt, dass gerade in dieser frühen Lebensphase eine hohe Aufnahmebereitschaft und ein großer Erkundungsdrang vorhanden sind und grundlegende Dispositionen für späteres Lernverhalten gelegt werden. Kompetenzdefizite in unterschiedlichen Bereichen, die in dieser frühen Phase entstehen, potenzieren sich im weiteren Entwicklungsverlauf und erhöhen die Wahrscheinlichkeit für schulischen und beruflichen Misserfolg. Sie können durch spätere Bildungsinstanzen – ungeachtet deren Qualität – nur begrenzt kompensiert werden.

Lernen wird dabei heute – auch und gerade in den ersten Lebensjahren - verstanden als sozialer und interaktiver Prozess. Lernen findet statt in konkreten sozialen Situationen und in Interaktionen von Kindern mit Eltern, Fachkräften und anderen Kindern und Erwachsenen. Es geht beim Lernen nicht allein um den Wissenserwerb, sondern auch um die Vermittlung von Basiskompetenzen („Lernen lernen“) und sozialen Kompetenzen. Schließlich hat die Stärkung der kindlichen Autonomie eine zentrale Rolle.

Frühe Förderung, das zeigen die Praxiserfahrungen, hat eine stark präventive Wirkung für das gesamte weitere Leben der Kinder. Die Nachhaltigkeit einer positiven Entwicklung der Kinder und ihrer Familien wird deutlich verbessert, wenn Eltern gezielt und dialogisch in Entwicklungs- und Bildungsangebote eingebunden werden (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005).

Diese Überlegungen verweisen auf vier zentrale Schlussfolgerungen: erstens ist frühkindliche Bildung ein Schlüsselfaktor für den weiteren Bildungsverlauf eines

Kindes, zweitens haben Kindertagesbetreuungseinrichtungen darin eine zentrale Rolle, drittens aber ebenso Eltern, andere Kinder und das gesamte soziale Umfeld eines Kindes. Viertens entstehen aus diesen Überlegungen zu frühkindlicher Bildung besondere Anforderungen für die Bildung von sozial benachteiligten Kindern sowie von Kindern mit Migrationshintergrund.

Die Situation von sozial benachteiligten Kindern

Kinder, die sozial benachteiligt sind, leben zum einen häufig in Armut oder in prekären Lebenslagen. Weitere wesentliche Aspekte der Benachteiligung betreffen Bildung und Gesundheit. Die drei Dimensionen von Benachteiligung – in Bezug auf die ökonomische Situation, die Bildungsperspektiven und die Gesundheit - treten häufig gebündelt auf und bedingen oder verstärken sich gegenseitig.

In Deutschland ist, wie die PISA-Studien eindrücklich aufzeigten, wesentlich stärker als in anderen OECD-Ländern der Bildungserfolg eines Kindes von der sozialen Situation und dem Bildungsstand der Eltern abhängig. Kinder aus unteren sozialen Schichten haben ein dramatisch höheres Risiko, Misserfolge im Bildungssystem zu erleiden – oder umgekehrt: die Chance für ein Kind aus einer sozial benachteiligten Familie, ein Gymnasium zu besuchen, ist 6x geringer als bei einem Kind aus einer Oberschichtfamilie. Ähnliches gilt für die Gesundheit einer Person – auch sie wird stark durch die soziale Schicht beeinflusst, der sie angehört. Das ärmste Drittel der Bevölkerung ist zwischen 35 und 50 Jahren bereits so krank wie das reichste Drittel zwischen 50 und 70 Jahren.

In Deutschland ist also eine generationenübergreifende Weitergabe nicht nur von geringer Bildung, sondern auch von insgesamt verminderten Lebenschancen festzustellen. Der Bremer Armutsforscher Stephan Leibfried hat dafür den Begriff „Bildungsarmut“ geprägt. Eine Verbesserung der Lebenslagen und Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen darf deshalb nicht nur auf die materielle Armut zielen, sondern muss ebenso auf Bildung und Gesundheitsförderung gerichtet sein.

Dabei gibt es in jeder Familie und ihrer Wohnumgebung Faktoren, die für die Entwicklung des Kindes eine ungünstige Entwicklung zur Folge haben – sog. Risikofaktoren – sowie Schutz- oder risikovermindernde Faktoren. Benachteiligung durch verfestigte Armut und niedriges Bildungsniveau der Eltern bedeutet in die Logik von Risiko- und Schutzfaktoren übersetzt: die Risikofaktoren überwiegen. Weitere Risikofaktoren für soziale Benachteiligung, die nicht notwendigerweise an ökonomische Armut gekoppelt sind, sind Krankheit, Suchtprobleme, psychische Störungen der Eltern, Gewalt und Misshandlung in der Familie sowie autoritäres Erziehungsverhalten. Risikomindernde Faktoren innerhalb der Familie und des sozialen Umfeldes sind stabile emotionale Beziehung zu einer Bezugsperson, offenes, unterstützendes Erziehungsklima, familiärer Zusammenhalt, positives Bewältigungsverhalten, positive Freundschafts- und Schulerfahrungen und allgemein soziale Unterstützung.

Aufgabe kommunaler Sozialpolitik muss deshalb sein, die Risikofaktoren zu minimieren und die Schutzfaktoren zu stärken. Das bedeutet in der Praxis z.B.: Armut von Kindern ist fast immer eine von den Eltern abgeleitete Armut, und die zentrale Ursache von Elternarmut ist Arbeitslosigkeit. Aber auch Trennungen und Scheidungen tragen zu der Problematik bei, weil sie zumeist die Aufwendungen für den Lebensunterhalt erheblich steigern, so dass auch Familien mit durchschnittlichen

Einkommensverhältnissen leicht in Armut geraten können. Aus diesen Gründen sind Haushalte von Alleinerziehenden in der Sozialhilfe deutlich überrepräsentiert. Eine weitere Ursache dafür ist, dass Familien, und hier vor allem die Frauen mit kleinen Kindern, immer noch auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Durch flexible und bedarfsgerechte Betreuungsangebote in der Kommune kann deshalb „armutsverhindernde“ Beschäftigung gefördert werden.

Diese Sachverhalte weisen auch darauf hin, dass materielle Armut – über den Indikator „Sozialhilfebezug“ – nicht notwendigerweise statisches Merkmal einer Biographie sein muss, sondern in Zu- und Abgängen dynamisch sein kann. Für viele Kinder und Jugendliche bleibt Armut eine vorübergehende Episode. Aufgabe kommunalen Handelns ist es hier, diese Episode möglichst kurz zu halten und die Eltern bei der Arbeitsaufnahme gezielt zu fördern.

Allerdings: für eine kleinere Gruppe von Kindern und Jugendlichen verfestigt sich Armut oder hat sich in der Familie bereits über mehrere Generationen hinweg tradiert. Besonders hier kumulieren oft die Dimensionen von Benachteiligung im Hinblick auf Armut, Bildung und Gesundheit. Diese Armutsgruppen weisen häufig auch räumlich eine hohe Segregation im Stadtgebiet auf und konzentrieren sich in einigen Stadtteilen, so dass zu den sozialen Dimensionen der Benachteiligung noch die räumliche Benachteiligung hinzukommt.

Armut und soziale Benachteiligungen bei Kindern erfordern also ein differenziertes und auf die jeweilige Lebenslage und deren Risiken und Chancen abgestimmtes kommunales Handeln. Je mehr Risiko- oder Belastungsfaktoren zusammenkommen, umso wahrscheinlicher sind Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Für die Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien ist es wichtig, die Risikofaktoren zu verringern und die Schutzfaktoren bzw. die Ressourcen der Familien und Kinder zu stärken. Die Erfolge von Interventionen sind umso größer, je früher angesetzt wird. Damit kommt der vorschulischen Kinderbetreuung eine besondere Bedeutung zu. Langfristig können Armut und Benachteiligung jedoch nur durch den Abbau von Bildungsbarrieren und Chancenungleichheiten verringert werden.

Diese Situation stellt die Kinderbetreuungseinrichtungen grundsätzlich vor große Herausforderungen. Diese manifestieren sich besonders in Stadtteilen, in denen ein hohes Potenzial an sozialen Problemlagen besteht. Die soziale Belastung der Umgebung und insbesondere die, die die Elternhäuser vielfach zu tragen haben, führt dazu, dass die Zahl derjenigen Kinder und Jugendlichen, die verhaltensauffällig werden, und die überall ansteigend ist, in Stadtteilen mit besonderem sozialem Problempotenzial besonders groß ist. In fast allen Kindertagsstättengruppen oder Schulklassen finden sich Kinder, die kaum ansprechbar, geschweige denn bildungsfähig sind. Eine Schlüsselrolle in der Ansprache und der Arbeit mit diesen Kindern haben die Eltern.

Dabei können Träger und Akteure der Gemeinwesenarbeit, Partnerschaften und Kooperationen in ganz verschiedener Weise helfen, die Eltern „mit ins Boot zu bekommen“: mögliche Hilfestellungen beginnen schon bei der Vorbereitung auf die Geburt. Ist das Kind auf der Welt, können Hausbesuche, Beratungen oder Treffs in den ersten Lebensmonaten hilfreich sein. Bereits in dieser Phase beginnt auch der Spracherwerb, in dem wiederum die Eltern wesentliche Funktionen haben, oft aber auch der Hilfestellung bedürfen.

Die besondere Situation von Kindern mit Migrationshintergrund

Die Situation von Kindern mit Migrationshintergrund ist nochmals eine besondere, denn für sie ist das Erlernen der deutschen Sprache oft eine besondere Hürde. Dies ist deshalb ein grundlegendes Problem, weil das Beherrschen der deutschen Sprache ein zentraler Schlüssel für schulischen Erfolg ist.

Obwohl Kinder mit Migrationshintergrund seit den neunziger Jahren verstärkt Kindergärten besuchen, haben sie vielfach bei der Einschulung grundlegende Probleme im Verständnis und bei der Beherrschung des Deutschen. Fehlende Sprachkenntnisse bei der Einschulung machen es einem Kind aber schwer oder sogar unmöglich, dem – in Deutsch gehaltenen - Unterricht zur Gänze zu folgen und die Lernziele zu erreichen. Damit wird bereits in den ersten Schuljahren eine unzureichende Basis für die weitere Schulbildung gelegt. Durch so entstehende Wissenslücken und fehlende Grundlagen führen mangelnde Sprachkenntnisse vielfach zu Schwierigkeiten während der gesamten Schullaufbahn. Die mittel- und langfristigen Folgen sind schlechte oder sogar verfehlte Schulabschlüsse und schlechte Vermittlungschancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Vom Lehrpersonal wird in diesen Fällen leicht die Ursache im Elternhaus gesucht, während umgekehrt vielfach Eltern vom Lehrpersonal die Sprachausbildung erwarten. Das Verständnis beider Seiten für die Ursachen der mangelnden Sprachkenntnisse ist deshalb oft verbesserungswürdig.

So spielt für Kinder mit Migrationshintergrund der Zusammenhang zwischen der Erst- und der Zweitsprache eine zentrale Rolle: hat ein Kind gut ausgebildete Sprachstrukturen in der Muttersprache, kann es meist auch die Zweitsprache gut erlernen. Zudem gibt es „Gelegenheitsfenster“ für den Spracherwerb, und diese sind deutlich vor dem Beginn der klassischen Sprachausbildung an den weiterführenden Schulen anzusiedeln. Die erste entscheidende Phase für das Erlernen der Alltagssprache liegt in den ersten 30 Lebensmonaten eines Kindes und die zweite zieht sich bis zum Beginn der Pubertät. Insgesamt endet die optimale Phase für den Spracherwerb etwa mit dem 10. Lebensjahr, wenn in der Regel der schulische Sprachunterricht erst beginnt.

Damit ist für die Sprachentwicklung eines Kindes entscheidend, was in den ersten Lebensjahren geschieht und welche Weichen dort gestellt werden. Verpasste Chancen für den Spracherwerb lassen sich nur schwer nachholen. Eine entscheidende Rolle für die Sprachausbildung in diesen Phasen haben die Eltern, das Lehrpersonal sowie die anderen Bezugs- und Betreuungspersonen eines Kindes.

Vielfach sind aber Eltern nicht oder nur unzureichend über diese Zusammenhänge informiert. Vor allem Eltern und Familien mit Migrationshintergrund haben oft wenig Hintergrundwissen über diese Zusammenhänge. Häufig sind sie auch unsicher, welches die geeignete Unterstützung für ihre Kinder ist. An dieser Stelle setzen die Programme „Rucksack“, „Hippy“ und „Opstapje“ an, die unter Punkt 5. vorgestellt werden und sich explizit auf die Eltern-Kind-Interaktion beziehen.

Erfahrungen und Praxis der Bildung und frühkindlichen Bildung in Marburg

Im Schulamt der Stadt Marburg existiert eine „Lokale Bildungsplanung“. Die mitunter schwierige soziale Lage der Familien in den sozialen Problemgebieten führt jedoch in vielen Fällen dazu, dass deren – meist zusätzlich zum Unterricht freiwillig

stattfindende - Angebote nicht greifen: die Bildungsferne vieler Elternhäuser sowie Differenzen in der Interpretation der Aufgaben des deutschen Bildungssystems seitens der Eltern und der Institutionen tragen oftmals dazu bei, dass Eltern für die Notwendigkeit von Bildungs- und Förderangeboten nur unzureichend sensibilisiert sind.

Aus diesem Grund wurden in den Quartieren bereits verschiedene Kooperationen und Zusatzangebote entwickelt. Es sind unterschiedliche Institutionen für bestimmte biographische Phasen zuständig: KiTa für das Vorschulalter, Betreuungsangebote an den Schulen für das Grundschulalter, und anschließend die Jugendarbeit. Neben einer gezielten Sprachförderung in den Kitas existieren auch Angebote für Elternberatung und -begleitung. Zudem gibt es eine intensive Zusammenarbeit zwischen den KiTas und den ansässigen Schulen. Die Stadtteilinitiativen fördern und unterstützen die Kooperation, haben das bestehende Angebot ergänzt (z.B. im Waldtal durch die Übernahme der Trägerschaft über die Kita) und bieten auch Förderung und Unterstützung der Eltern durch Gruppenbildung und Beratung an.

Die frühzeitige Unterstützung und Förderung benachteiligter Kinder wird in eine „Lebenslaufperspektive“ eingebunden: alle beteiligten pädagogischen Einrichtungen streben an, die Übergänge zwischen den Einrichtungen – Krippe-Kita/Kindergarten-Schule/Betreuungsangebot – möglichst fließend zu gestalten. Seit Mitte der 1990er Jahre kooperieren Jugendhilfe und Schulen, indem etwa Mediationsprogramme mit Kindern oder Programme zur Bewegungsförderung und Gruppenzugehörigkeit durchgeführt werden.

4. Partnerschaften in der und um die Gemeinwesenarbeit: wieso und wozu?

Die lokale Sozialpolitik und die Gemeinwesenarbeit sind Bereiche, in denen Kooperationen, Partnerschaften und Netzwerke seit jeher eine zentrale Rolle spielen.

a) Grundsätzliches: „In Kooperation mehr erreichen als jeder für sich“

Die lokale Sozialpolitik ist von zwei verschiedenen Gegebenheiten geprägt: zum einen ist sie Teil des komplizierten deutschen Sozialsystems mit seinen unterschiedlichen Ebenen und Formen der Leistungserbringung. Zum anderen existieren gerade in der lokalen Sozialpolitik seit jeher verschiedenste nicht-hierarchische Formen der Steuerung, wie beispielsweise Partnerschaften und Kooperationen mit Wohlfahrtsverbänden, freien Trägern und in wachsendem Ausmaß auch privaten Leistungsanbietern. Diese Formen der Steuerung liegen jenseits eines klassischen Top-down-Modells der Administration.

Für die lokale Sozialpolitik ist ein breites Spektrum von Akteuren, Funktionsbereichen und Zuständigkeiten kennzeichnend. Armutsbekämpfung, Sozialhilfe und Dienstleistungen für hilfsbedürftige Gruppen fielen seit jeher zu großen Teilen in die Verantwortung der Kommunalverwaltungen und Wohlfahrtsverbände. In der Wohnungspolitik sind neben den Akteuren der privaten Wohnungswirtschaft wie privaten Besitzern oder Haus- und Grundbesitzervereinen und Mietervereinen kommunale Wohnungsbaugesellschaften stark vertreten, die oft einen gemeinnützigen Charakter haben. In der Beschäftigungspolitik – die nicht als Funktionsbereich der kommunalen Sozialpolitik im engeren Sinne betrachtet werden kann, aber angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in den Quartieren ebenfalls von

entscheidender Bedeutung ist - sind Unternehmerverbände, Handelskammern und Gewerkschaften die Kerngruppen organisierter Interessen im Bereich Wirtschaft und Arbeit. Von zentraler Bedeutung sind aber auch kommunal finanzierte Beschäftigungsgesellschaften sowie weitere freie Träger in diesem Bereich.

Unter dem Gesichtspunkt einer breiter angelegten Kooperationskultur sind jedoch noch weitere Akteurskreise einzubeziehen. An erster Stelle sind die BewohnerInnen der Quartiere zu nennen, die aktiv in die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen einbezogen werden müssen. Um die Identifikation der BewohnerInnen mit dem Stadtteil und dessen soziokulturelle Struktur zu stärken, bedarf es einer aktiven Unterstützung und Einbindung von lokalen Gruppen, Initiativen und Vereinen und ihrer Einbeziehung in das Programm beziehungsweise seine Ziele; dies kann sich auf Kirchen und Moscheen, Sport- oder Kulturvereine sowie jede andere Art von Vereinen mit lokaler Prägung und Klientel beziehen.

Schließlich, und dies hat nicht überall eine lange Tradition in der kommunalen Sozialpolitik, sind die Bereiche schulische wie vorschulische Bildung und Betreuung gerade in benachteiligten Stadtteilen wichtig, weil es hier in der Regel besonders hohe Anteile an Menschen gibt, die keinen Schul- oder Berufsabschluss aufweisen. Dieser Aspekt betrifft Schulen und Bildungsträger aller Art.

Gerade für Stadtteile mit einem hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund sowie an sozial benachteiligten Personen gibt es eine Reihe von Gründen dafür, in der stadtteilbezogenen Arbeit angelegte umfassende Kooperationszusammenhänge auszubilden.

Diese lassen sich an vier Punkten festmachen:

- den komplexen Problemlagen in den Stadtteilen;
- den vielfältigen und breit angelegten Zielen der lokalen Sozialpolitik
- der Breite des Spektrums der Akteure, die für die Lösung der Probleme in den Stadtteilen von Relevanz sind und
- der daraus resultierenden Anforderung, verschiedene Akteursbereiche zusammenzubringen, die dann gemeinsam komplexe Ziele erreichen können.

In diesem Zusammenhang gibt es verschiedenste Formen der Beteiligung von Akteuren vor Ort, beginnend bei Anhörungen zur Bauleitplanung und Sanierungsprogramme im Bereich der Stadtplanung, über die Kooperation mit freien Trägern und Projekten der Gemeinwesenarbeit im Bereich der Sozialplanung und Jugendhilfe zu neueren Verfahren der Beteiligung der Wirtschaft, der Bewohner, lokaler Träger und Vereine, wie durch die Stadtteilkonferenzen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. Die Gründe für die Ausweitung dieser und ähnlicher Verfahren sind vielfältig:

- zum einen wurden und werden politisch und strategisch wichtige Partner eingebunden
- zum anderen haben solche Einbindungsprozesse aus der Sicht von Politik und Verwaltung die Funktion, Entscheidungen mit organisierten Interessen rückzukoppeln und somit auf eine breite Akzeptanzbasis zu stellen.
- der Sachverstand kundiger verwaltungsexterner Personen kann einbezogen und

- viele Projekte könnten ohne breite Kooperation zwischen Verwaltung und freien Trägern nicht umgesetzt werden.

Aufgrund der Verschiedenartigkeit der relevanten Akteursgruppen ist eine der wesentlichen Herausforderungen für die Herausbildung und Funktion von breit angelegten Kooperationszusammenhängen, die verschiedenen Kommunikationsstrukturen und –kulturen der einzelnen Bereiche soweit zu öffnen und anzunähern, dass Kooperation überhaupt möglich ist.

b) *Empowerment und Ressourcen der Beteiligten: Zivilgesellschaft entwickeln!*

Ziel einer kooperativen lokalen Sozial- und Bildungspolitik soll und muss also auch sein, die beteiligten Menschen einzubinden, indem ihre Ressourcen und Fähigkeiten wertgeschätzt und ausgebildet werden. Dieses Ziel findet seinen Ausdruck in einer Reihe neuerer gesellschaftspolitischer Überlegungen, die sich unter den Stichworten „Zivilgesellschaft“ und „Soziales Kapital“ zusammenfassen lassen.

Der Begriff *Zivilgesellschaft* bezeichnet zunächst sehr allgemein die gesellschaftlichen Aktivitäten, die außerhalb staatlicher Institutionen stattfinden. Genauer kann sie beschrieben werden als Raum gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Staat, Markt und Privatleben, als Sphäre der sozialen Beziehungen, Vereine, Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und mehr oder weniger institutionalisierten Initiativen sowie als Raum der öffentlichen Debatte und Diskussion.

Die Debatte um die Zivilgesellschaft ist insbesondere im angloamerikanischen Diskurs sehr breit. Kernargumente sind:

- die Zivilgesellschaft, also die Aktivität von Menschen in Vereinen, Gruppen, Initiativen, für den Stadtteil, in Debatten oder Foren, ist die Basis einer funktionierenden Demokratie
- die Zivilgesellschaft kann zu Erneuerung hergebrachter demokratischer Institutionen und Mechanismen beitragen. In Zeiten, in denen Wahlbeteiligung und Zufriedenheit mit etablierten Institutionen stetig sinken, richtet sich die Hoffnung auf eine größere Attraktivität zivilgesellschaftlicher Assoziationen und Akteure – einerseits als Quelle zur Erneuerung der staatlichen Institutionen, andererseits als Alternative dazu.
- die Zivilgesellschaft hat die Fähigkeiten zur Lösung von Problemen, die staatliche Institutionen nicht bewältigen können. Aus dieser Sichtweise sind lokal angelegte, selbst organisierte Assoziationen besser in der Lage, adäquate Lösungen für lokale Probleme zu ermöglichen.

Aktivierung, Beteiligung und zivilgesellschaftliche Aktivitäten im weitesten Sinne haben positive Effekte. Diese sind jedoch kaum „objektiv“ quantifizierbar. Als Sammelbegriff für die positiven Effekte kann der Ausdruck „*Soziales Kapital*“ genutzt werden. „Soziales Kapital“ ist, vereinfachend gesagt, das, was entsteht, wenn Menschen mit Menschen Beziehungen pflegen. Dadurch befriedigen sie nicht nur ihre sozialen Bedürfnisse, sondern gleichzeitig stellt dieses soziale Kapital vielmehr eine Ressource dar, die die Lebensbedingungen der gesamten Gemeinschaft verbessern kann.

Soziales Kapital, das zuletzt etwa von dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu und von den amerikanischen Politologen Robert Putnam diskutiert wurde, kann beschrieben werden als der Wert sozialer Netzwerke und sozialer Kontakte, der die Produktivität von Individuen oder Gruppen beeinflusst. Es hat somit einen individuellen oder privaten und einen kollektiven oder öffentlichen Aspekt.

Beispiele für „soziales Kapital“ sind also greifbare Dinge im Alltagsleben wie

- Kooperationsbereitschaft
- Freundschaft oder Kameradschaft
- Mitleid und Fürsorge
- soziale Beziehungen zwischen den Individuen und Familien, die eine soziale Einheit bilden.

Putnam (1999) hat eine Verknüpfung zwischen menschlichen Beziehungen, der Entstehung von „Sozialem Kapital“ und dem Zusammenhalt beziehungsweise dem Funktionieren von Gesellschaften hergestellt: Die Existenz und die Verbreitung von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Gruppen und Vereinen werden als wesentliche Faktoren für die Entstehung von sozialem Kapital betrachtet. Dieses bewirke zum einen ein besseres Regieren und zum anderen ein besseres Funktionieren von Gesellschaft und ihren Institutionen. Es geht Putnam also um den Zusammenhang von sozialem Engagement im weitesten Sinn, und insbesondere von sozialem Engagement in Vereinen und Assoziationen, mit dem guten Funktionieren, der Entwicklung und dem Fortbestehen von Gesellschaft, gesellschaftlichen Institutionen und Prozessen und Demokratie im weitesten Sinn („Making Democracy work“).

Überlegungen wie die zur Zivilgesellschaft und zum „Sozialen Kapital“ werden seit langem in der lokalen Sozialpolitik praktisch umgesetzt:

Auf der lokalen Ebene und insbesondere in benachteiligten Gebieten werden seit vielen Jahren Methoden der *Gemeinwesenarbeit* angewandt, die dazu dienen sollen, die Bevölkerung zur Partizipation am sozialen, kulturellen und politischen Leben anzuregen. Aufsuchende Sozialarbeit, Workshops, Feste, Projekte, offene Sprechstunden und einige andere Instrumente gemeinwesenorientierter sozialer Arbeit sollen die echte oder vermeintliche Kluft schließen, die Menschen von der lokalen Gesellschaft trennt. Sie sollen ihre Positionen in anderen gesellschaftlichen und politischen Bereichen „hörbar“ machen und insofern der Ausbildung der lokalen Demokratie und Zivilgesellschaft dienen.

In den letzten Jahren wurden auch weitere für die kommunale Demokratie bedeutsame *partizipative Politikansätze* entwickelt: Auf der UN-Umweltkonferenz in Rio 1995 wurde beispielsweise die „Agenda 21“ beschlossen, die eine Verkopplung der globalen mit dem Handeln auf lokaler Ebene vorsieht. In Prozessen zur „*lokalen Agenda 21*“ sollen auf lokaler Ebene Probleme und Ungleichgewichte für einen nachhaltigen, möglichst alle lokalen Akteure zufriedenstellenden Stadtentwicklungsprozess auf lokaler Ebene ausgeglichen werden. Dazu sollen im *Agendaprozess* alle Gruppen der Kommune auf größtmöglichen Konsens orientiert ein Leitbild für eine zukunftsfähige Stadt entwickeln. „Runde Tische“, Bürgerforen und Mediationsverfahren stellen weitere partizipative Formen der Politikformulierung auf lokaler Ebene dar.

Für die lokalen Körperschaften gibt es eine Reihe von Gründen, in ihr Handeln entsprechende Elemente aufzunehmen:

- breite Akteurskreise werden eingebunden
- auch bei abnehmenden finanziellen Mitteln können sie der zunehmenden gesellschaftlichen Fragmentierung entsprechen
- die Ergebnisse sind durch Beteiligung der Betroffenen zielgenauer und meist nachhaltiger
- die Zufriedenheit der Beteiligten steigt,
- die Ergebnisse finden breitere Zustimmung und
- der Grad der Umsetzung von Projekten ist besser.

Im Hinblick auf die Aktivierung der lokalen Zivilgesellschaft und die Ausbildung von sozialem Kapital existieren schließlich einige mögliche Schwierigkeiten in der Operationalisierung: jenseits von einem oberflächlichen Beharren auf der Bedeutung der Zivilgesellschaft müssen reale Anstrengungen unternommen werden, die erstens benachteiligte Personen und Gruppen einbinden können, und die zweitens Akteuren der Zivilgesellschaft reale Mitsprachemöglichkeiten eröffnen. Die Verwaltung ändert ihre Rolle oder gibt in gewissem Ausmaß Macht ab. Vereinfacht gesagt: Die Existenz verschiedener Vereine in einem Stadtteil bedeutet nicht ohne weiteres, dass die Wahlbeteiligung steigen wird; und ebenso führt die Existenz dieser Vereine nicht notwendigerweise dazu, dass deren Umgang und der der BürgerInnen miteinander sich verbessert.

c) *Gemeinwesenarbeit und Partnerschaften in Marburg*

In Marburg gibt es eine lange Tradition der Kooperation, der Gemeinwesenarbeit und des Engagements. Deutlich zeigt sich dies in einer breiten Palette an Vereinen, Trägern und Initiativen.

Diese werden seit mehreren Jahren durch institutionelle Aktivitäten und Förderprogramme unterstützt. Die Stadt Marburg erhebt den Anspruch, mit einem ganzheitlichen Ansatz sowohl eine städtebauliche als auch eine soziale Sanierung zu betreiben. Dabei kann sie zum einen auf die in über 15 Jahren der Sanierung gewachsenen Strukturen zurückgreifen, zum anderen auf eine Geschichte der aktiven BewohnerInnenschaft und der Beteiligung, die in den Anfängen mehr als 30 Jahre zurückreicht. Ein kurzer Abriss der Entwicklung der Gemeinwesenarbeit am Richtsberg, im Waldtal und im Stadtwald, sowie der Elterninitiative Wolkenkratzer in Wehrda wurde bereits unter 2. beschrieben.

Von Beginn an wurden die Projekte breit durch die Unterstützung der institutionalisierten Politik getragen. Insofern kann auf etablierte Strukturen sowohl der politischen Unterstützung als auch der Beteiligung und der Stadtteilarbeit zurückgegriffen werden.

Aufgrund der langen Geschichte der Stadtteilarbeit und Sanierung sind also dichte Kooperations- und Partnerschaftsstrukturen gewachsen. Die Philosophie der Arbeit ist es dabei, Menschen anzustoßen, selbst aktiv zu werden, ihre zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu stärken und ihr soziales und kulturelles Kapital zu nutzen. Dabei betrachtet die Gemeinwesenarbeit die speziellen Fähigkeiten der BewohnerInnen gezielt und bezieht sie ein. Vielfach sind mehrfach sozial

benachteiligte Personen in ihrem Selbstbewusstsein gehandicapt, so dass sie ihre eigenen Potenziale erst wieder entdecken müssen – dabei hilft die Gemeinwesenarbeit.

d) *Problemstellungen und bisherige Erfolge der Kooperationen im Bereich von Sprachförderung und Bildung*

Eine grundlegende Fragestellung der Sprachförderung wie auch der interkulturellen Kooperation lässt sich so zusammenfassen: „Wie können Orte und Gelegenheiten geschaffen werden, an denen und bei denen Menschen miteinander kommunizieren“? Eine wesentliche Rolle haben Eltern und Vereine.

Dabei sind aber mitunter kulturelle Barrieren zu überwinden. Es existieren unterschiedliche kulturelle Interpretationen von Bildungseinrichtungen und ihren Aufgaben sowie den Rollen der Institutionen Kindergarten oder Schule einerseits und der Eltern andererseits. Bei Konflikten an diesen Stellen muss unter den Beteiligten erst Einigkeit oder zumindest Verständigung erzielt werden.

Dennoch hat die Gemeinwesenarbeit bisher zahlreiche Erfolge auch im Hinblick auf den Bereich der Bildungs- und Sprachintegration erreicht, wie folgende Zitate zeigen. Sie stammen aus dem Antrag der Stadt Marburg zum Wettbewerb „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall - Strategien kommunaler Integrationspolitik“, den die Bertelsmann-Stiftung durchführte. Einheimische und Zugewanderte, Planer und Bürger antworteten spontan zum Thema „gelungene Integration“ (Magistrat der Stadt Marburg 2004: 16ff):

- „Wir unterrichten Deutsch für Zuwandererkinder im Vorschulalter und deren Mütter in den neuen Räumlichkeiten. Zu der gemeinsamen Arbeit, die dort gemacht wird, kann man nur gratulieren.“ (Behindertenhilfe Zuwanderung Migration e.V.)
- „Die Sprache ist das wichtigste, damit man sich verständigen kann. Und das Verständnis einzelner Menschen für unsere Situation. Unsere Zukunft ist hier in Deutschland.“ (Migrantin aus Russland)
- „Lebendige Integration ist gelungen, weil kontinuierlich über viele Jahre ein festes Angebot an räumlichen und sozialen Begegnungsmöglichkeiten geschaffen wurde.“ (Büro für Stadterneuerung Richtsberg)
- „Sprachkenntnisse sind sehr wichtig. In Marburg gibt es viele Möglichkeiten, Sprachkurse und Nachbarschaftshilfe. Nicht alle wollen sich integrieren. Wenn man den Willen zur Integration hat, kann man sich integrieren.“ (zugewanderter Musiklehrer)
- „In der Schule ist so eine Vielfalt von Kulturen, Religionen und Hautfarben vertreten. Für die Kindern ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen verschieden sind.“ (Grundschullehrerin)
- „Wir sind mittendrin in der Integration. Es ist spannend, was aufgebaut und von verschiedenen Kulturen genutzt wird, die sich gemeinsam auf den Weg machen.“ (GWA)

Diese Erfolge bilden heute die Basis für die weitere Kooperation und Vernetzung im Bereich der Bildung und Betreuung.

5. Eltern, Kinder, Träger, Vereine....integrieren: Projektbeispiele und Erfahrungen aus anderen Städten

Im europäischen Ausland und in der Folge auch in Deutschland wurden in den letzten Jahren verschiedene Konzepte umgesetzt, die insbesondere auf die Situation von sozial benachteiligten Kindern beziehungsweise Kindern mit Migrationshintergrund und die Notwendigkeit der Einbeziehung ihrer Eltern abzielen. So wurden etwa in Essen, Bremen und Nürnberg die Programme „Rucksack“, „Hippy“ und „Opstapje“ angewandt, die im Folgenden vorgestellt werden. In Hannover-Linden Süd besteht bereits ein Konzept, das umgesetzt werden soll.

a) „Rucksack“ und „Hippy“

Das Beherrschen der deutschen Sprache stellt, wie unter 3.c) ausgeführt, eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür da, im deutschen Bildungssystem Erfolg zu haben. Dennoch weist ein hoher Anteil von in Deutschland lebenden Kindern bei der Einschulung unzureichende Deutschkenntnisse auf.

Das Programm „Rucksack“, das in den Niederlanden entwickelt wurde (und das Programm „Hippy“, das vergleichbar aufgebaut ist, aber zusätzlich Hausbesuche vorsieht), hat das Ziel, diese Problematik bereits im frühkindlichen Alter durch eine Einbeziehung der Eltern anzugehen. Ihm liegen folgende Überlegungen zugrunde:

- Ein Kind lernt eine Sprache leichter, wenn es seine Muttersprache gut beherrscht
- Kinder mit Migrationshintergrund lernen zu Hause und in den Kinderbetreuungseinrichtungen nicht automatisch die Sprache der Mehrheitsgesellschaft auf einem Niveau, das für einen späteren Bildungserfolg ausreichend ist.
- Eine isolierte Sprachförderung ohne Einbeziehung des sozialen Kontextes wirkt nicht nachhaltig.
- In Kindertagesbetreuungseinrichtungen ist deshalb eine familienergänzende systematische Sprachförderung nötig, die in den Alltag der Einrichtung integriert wird und:
- Die Eltern müssen in die Lernprozesse der Kinder einbezogen werden.

In Essen und Hannover-Linden Süd zielt deshalb das Programm Rucksack auf Eltern, Kinder und Betreuungseinrichtungen. Es geht die Förderung von Kindern im Elementarbereich mehrdimensional und systemisch an und Berücksichtigt die Entwicklung der Kinder in Bezug auf Lebenswelt und Familie. Eltern, Erzieherinnen und Erzieher werden Partnern für die Sprachförderung; besonders im Fokus steht dabei die Eltern-Kind-Interaktion.

In der Förderung der *Kinder* sollen die Kenntnisse der Muttersprache anerkannt und gestärkt, aber auch ihre deutschen Sprachkenntnisse systematisch verbessert werden. Sie sollen durch ganzheitliche, kindgerechte Sprach- und Sprechförderung motiviert und Mehrsprachigkeit als Kompetenz für Bildungserfolge anerkannt und ausgebaut werden.

Die Potenziale der *Eltern* sollen genutzt und ihre Kompetenzen in Erziehungsfragen gestärkt werden. Zudem sollten sie Unterstützung in der Kommunikation mit ihren Kindern erhalten. Die Zusammenarbeit zwischen ErzieherInnen und Eltern soll intensiviert und das Selbstbewusstsein der Eltern im Umgang mit den Bildungseinrichtungen gestärkt werden. Dabei sollen die Eltern auch ermutigt

werden, ihre Kinder beim Erwerb sowohl der deutschen Sprache als auch ihrer Muttersprache zu fördern.

Kindertageseinrichtungen sollen ebenfalls für die Bedeutung sensibilisiert werden, die die Förderung der Muttersprache als Basis für den Zweitsprachenerwerb hat. Ihnen sollen Kenntnisse und Methoden zum Zweitsprachenerwerb vermittelt werden. Erzieherinnen und Erzieher sollen für die Lebenswelt der Migrantenfamilien sensibilisiert und die interkulturelle Öffnung der Kindertageseinrichtungen verstärkt werden.

In Essen wurden dazu bestehende und neue Einrichtungen, Maßnahmen und Konzepte in einem „Gesamtkonzept Sprachförderung“ zusammengefasst. Das Konzept beinhaltet erstens die Qualifizierung des Personals der Kindertageseinrichtungen durch Fortbildungen sowie Fortschreibungen der pädagogischen Konzepte der Einrichtungen. Zweitens bezieht das Konzept Eltern, mehrheitlich Mütter, in ihrer Rolle als zentrale Vermittlerinnen von Sprache aktiv ein: in jeder Kindertageseinrichtung werden Mütter ausgesucht, die als Vorbild und Multiplikatorinnen in der Einrichtung wirken sollten. Sie wurden in Essen „*Stadtteilmütter*“ genannt.

Die Stadtteilmütter

- müssen sowohl ihre Muttersprache als auch Deutsch gut beherrschen,
- ein Kind in einer Tageseinrichtung haben,
- sie sollten Kenntnisse über den entsprechenden Stadtteil aufweisen und
- selber an den Aktivitäten der Einrichtung teilnehmen.

Sie haben weiterhin die Aufgabe, andere Mütter aus ihrem kulturellen und sprachlichen Milieu mit den Zielen und Inhalten der Elementarbildung vertraut zu machen und sie anzuleiten, wie man Sprache und die allgemeine Entwicklung im Kleinkindalter durch spielerische Anleitung fördert.

Je eine Stadtteilmutter arbeitet in Essen in einer Kindertageseinrichtung für ca. 6 Stunden/Woche auf Honorarbasis. Die finanzielle Honorierung ist dabei sowohl als Wertschätzung der Arbeit als auch für die Motivation entscheidend.

Die Stadtteilmütter, die in der Regel über die oben genannten Punkte hinaus keine pädagogische Ausbildung haben, werden zur Vorbereitung auf ihre Aufgabe zwei Stunden wöchentlich durch das Büro für interkulturelle Arbeit der Stadt Essen qualifiziert. In dieser Qualifikationsphase lernen die Mütter, mit dem Material zur pädagogischen Elternbildung „Rucksack“ zu arbeiten. Jede „Stadtteilmutter“ erprobte das Material und das Gelernte zu Hause mit dem eigenen Kind.

Nach der Ausbildung leiten die Stadtteilmütter jeweils eine Gruppe von 8-10 Müttern, die sich zwei Stunden wöchentlich in der Tageseinrichtung treffen, die ihre Kinder besuchen. Die Mütter diskutieren und erlernen in den Gruppen über das Lehrmaterial des Programms Ideen und Anregungen dafür, wie sie ihre Kinder spielerisch fördern können. Sie werden auf Elternnachmittagen über das Programm informiert und zur Mitarbeit geworben. Die Mütter setzen die Ideen und Anregungen aus der Gruppe zu Hause in der Muttersprache des Kindes um. Im Essener Modellprojekt waren die Müttergruppen homogen zusammengesetzt, also etwa ausschließlich türkischstämmig. In der Folgezeit wurden aber auch gemischte Gruppen gebildet, was nunmehr erforderte, dass in der Müttergruppe Deutsch gesprochen wurde.

Das Programm „Hippy“ ist ähnlich aufgebaut wie „Rucksack“, sieht aber neben den Müttergruppen auch noch Hausbesuche der Stadtteilmütter vor.

Das pädagogische Material des Programms „Rucksack“, von der Stiftung „De Meeuw“ in den Niederlanden entwickelt, ist in verschiedenen Sprachen vorhanden, z.B. Türkisch, Arabisch und Russisch. Es erstreckt sich auf 12 Themenkomplexe, die auch im Alltag der Kinder eine große Rolle spielen, wie z.B. die Familie, das Essen, der Körper, der Kindergarten etc. Jedes Thema wird drei Wochen lang behandelt. Für jeden Tag wird eine Aktivität angeboten, die Mütter mit ihren Kindern in der Muttersprache durchführen, etwa Mal- und Bastelaufgaben, Spiele oder Ähnliches. Im Vordergrund stehen dabei das sprachliche Begleiten der Aktivitäten im Alltag und die Eltern-Kind-Interaktion. Umgekehrt erfahren auch Eltern, die sich an den Aktivitäten und Spielen zu Hause beteiligen, den Wert von Büchern und den Sinn von Spielen als Lernmöglichkeiten.

Das Programm zeigte eine Reihe von sichtbaren Erfolgen: Die Stadtteilmütter tauschen sich regelmäßig mit den Fachkräften der Tageseinrichtungen aus und informieren sie über Verlauf, Themen und Fragestellungen in den Müttergruppen. Die Stadtteilmütter, dies zeigte die Evaluation des Projektes in Essen, werden von den Migranteneltern hoch geschätzt.

Durch die Teilnahme an der Müttergruppe zeigten alle Mütter eine größere Bereitschaft, für die Entwicklung ihrer Kinder im Kindergarten aktiv zu werden. Die Zusammenarbeit in der Gruppe förderte zudem den Kontakt der Mütter untereinander, stärkte ihr Selbstbewusstsein und verbesserte die Kooperation mit den Erzieherinnen und Erziehern.

Die Sprachkompetenz der Kinder ist sowohl in Bezug auf die Muttersprache wie auch in Bezug auf das Deutsche erheblich gewachsen. Bei den meisten teilnehmenden Müttern wurde zudem das Interesse für das Erlernen der deutschen Sprache geweckt.

In Essen wie in Hannover-Linden wird auch das Programm „Rucksack II“ für den Einsatz im Grundschulbereich angewandt. Der Aufbau ist hier ähnlich wie bei „Rucksack“, allerdings werden die Themen, die behandelt werden, zeitgleich auch in der Schule bearbeitet.

b) Opstapje

Das Programm „Opstapje“ richtet sich wie „Rucksack“ primär auf die Eltern-Kind-Beziehung. Es geht davon aus, dass Familien mit kleinen Kindern besonderem Stress und hohen Belastungen ausgesetzt sind und weitere Risikofaktoren wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Arbeitswechsel, Armut, beengte Wohnverhältnisse, schwierige Lebenssituationen etc. verstärkt werden. In der Konsequenz gibt es Eltern, die ihrem Erziehungsauftrag nicht ausreichend nachkommen können. Die Kumulation der genannten Stressfaktoren erhöht die Spannungen in der Familie und führt dazu, dass der Zugang der Eltern zu ihren Kindern (und umgekehrt) schwierig wird.

In der Konsequenz solcher Situationen können weit reichende Beeinträchtigungen der emotionalen, sozialen und kognitiven Entwicklung der Kinder entstehen. Erkenntnisse aus Kinder- und Jugendpsychologie, Medizin und Sozialarbeit zeigen, dass eine frühe Beziehungs- und Bindungssicherheit und eine altergemäße Ansprache durch die Bezugspersonen für die Kinder von erheblicher Bedeutung sind. Viele Vorschulkinder weisen aber heute Verhaltensauffälligkeiten und

Entwicklungsrückstände auf, die zum Teil auf Spannungen in der Familie zurückzuführen sind.

Angebote der Kinder- und Jugendhilfe setzen in manchen Fällen erst dann an, wenn Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefizite bereits schmerzhaft deutlich werden, also im Kindergarten oder in der Schule. „Opstapje“ ist deshalb ein präventives Frühförderprogramm für Familien mit Kinder im Alter von 2- 4 Jahren. Es dient dazu, Familien vor Ort zu erreichen, die Schwierigkeiten haben, von sich aus Betreuungsangebote und Jugendhilfeeinrichtungen in Anspruch zu nehmen. Das Konzept nutzt deshalb niedrigschwellige, aufsuchende Sozialarbeit.

„Opstapje“ möchte die Beziehung zwischen Eltern und Kindern stärken und die Lernfähigkeit der Kinder fördern. Dazu setzt es – im Unterschied zu Rucksack – auf gezielte Hausbesuche. Die Ressourcen innerhalb der Familie sollen mobilisiert und die Erziehungskompetenzen der Eltern gesteigert werden. Eltern erhalten Unterstützung dabei, in Alltagssituationen und im unmittelbaren Umfeld spielerisch mit ihren Kindern umzugehen und sie zu fördern. Es gibt zusätzlich Gruppentreffen von Familien, verschiedene Informationsmöglichkeiten und Stadtteilangebote.

Wie „Rucksack“ nutzt „Opstapje“ die Alltagssituation der Familien und geht davon aus, dass Eltern die ersten Ansprechpartner für die Entwicklung eines Kindes sind. Das Programm setzt an der Entwicklungssituation zweijähriger Kinder an. Sie sind aktiv Lernende auf der Suche nach Kompetenzen, um in Alltagssituationen zunehmend eingeständig handlungsfähig zu werden. Eine zentrale Rolle hat dabei die Interaktion mit den Eltern, aber auch mit weiteren Personen aus dem unmittelbaren Umfeld. Die besondere Beziehung des Kindes zu den Eltern hat dabei in der Regel eine grundlegende emotionale Rolle in diesem Entwicklungsprozess. Zudem erhält das Kind wesentliche Lernerfahrungen in der Alltagsinteraktion in der Familie. Mit Hilfe von Spielideen und Anregungen soll bei „Opstapje“ eine für Eltern und Kinder freudige und förderliche Interaktion entstehen.

„Opstapje“ ist jeweils auf 1,5 Jahre angelegt. Ein Programmablauf besteht aus:

- wöchentlichen, ca ½ stündigen *Hausbesuchen* einer semiprofessionellen Kraft im ersten Jahr. Diese führt die Eltern in das Programm ein und leistet Motivationsarbeit
- im zweiten Jahr erfolgen die Hausbesuche nur noch alle 2 Wochen, dauern dann aber ca 1 Stunde. Die Eltern erhalten Anleitung, wie sie durch ihr Verhalten die Entwicklung ihres Kindes positiv beeinflussen können.
- während der *Gruppentreffen*, die alle zwei Wochen stattfinden, lernen die Familien andere Eltern in gleichen Lebenssituationen kennen, geben sich Informationen und Erfahrungen weiter und lernen Angebote des Stadtteils kennen. Die Kinder werden in dieser Zeit von einer Fachkraft betreut.

Auch das Programm „Opstapje“ zeigte signifikante Erfolge. Es hat sich in den Niederlanden insbesondere deshalb als erfolgreich erwiesen, weil es durch frühe Intervention die Familien erreicht, wenn die Eltern-Kind-Beziehung noch besonders intensiv ist und die Belastungen vor allem der Mütter sehr hoch sind.

Wenn Eltern besser auf ihre Kinder eingehen können, wird deren Entwicklung positiv beeinflusst; die Beziehung zu den Eltern intensiviert sich. Das Kind erhält ein positiveres Lernumfeld und wird selbstbewusster. Wenn es lernt, Tätigkeiten und Gefühle zu verbalisieren, wird auch die Sprachentwicklung gefördert. Neu gewonnene Konfliktlösungsmechanismen fördern auch die kognitiven Fähigkeiten.

Spielaktivitäten fördern die Entwicklung im Hinblick auf Motorik, Sinneswahrnehmung und Sozialkompetenz. Die kontinuierliche Schulung der Eltern steigert die erzieherischen Kompetenzen und die Verantwortung. In einer zentralen Entwicklungsphase wird die kindliche Entwicklung stimuliert und das Bindungsverhalten verbessert. Die semiprofessionellen Mitarbeiterinnen erleichtern den Zugang zu den Familien und werden von diesen akzeptiert.

6. Bildungspartnerschaften in Marburg: Geschichte der Projektidee und Teilnehmende

Die Idee und der Auftrag, Kinder und deren Eltern bei der Integration in die Gesellschaft zu unterstützen, ist in den sozialen Problemgebieten so alt wie die Stadtteile selbst. Die Gemeinweseninitiativen wurden für diesen Zweck mit der Gründung des Stadtteils gegründet, nur im Stadtteil Wehrda entstand die Elterninitiative erst in der Folge von sozialen Problematiken. Zunächst wurden Spiel- und Lernstuben für Kinder eingerichtet, in denen auch Hausaufgabenbetreuung geleistet worden ist. Zugleich wurden für die Eltern Angebote entwickelt, insbesondere für Frauen bestehen viele dieser Angebote bis heute fort.

Leider hinken neue Entwicklungen immer etwas der sich rasch wechselnden Lebensrealität der Kinder und Eltern nach. Obwohl sich die sozialen Problemgebiete seit 1990 durch den vermehrten Zuzug zugewanderter Menschen aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und auch aus anderen Ländern zu multikulturellen und „vielsprachigen“ Stadtteil entwickelt haben, kann trotz der vielen Anpassungen und Integrationsbemühungen noch nicht davon ausgegangen werden, dass Kinder und Eltern ausreichend sprachliche und (im weitesten Sinne) kulturelle Auseinandersetzungs- und Integrationsmöglichkeiten finden. Dennoch sind die Ansätze wichtig und sinnvoll. Gemeinsam mit anderen Angeboten durch weitere Träger im Stadtteil und der Stadt, wie z.B. durch die Familienbildungsstätte oder die Servicestelle Jugendhilfe-Schule, bilden sie die Netzwerkbasis für die Entstehung des Projektes.

Konkreter ist die Idee der Bildungspartnerschaften auf Vorarbeiten der Astrid-Lindgren-Schule am Richtsberg zurück zu führen. Im Jahr 2004 fand an der Astrid-Lindgren-Schule ein Konzentrationstraining für Kinder und ein Elternnachmittag statt. In der Auswertung wurden erste Überlegungen zu einer „Elternschule“ im Stadtteil gemacht. Auf der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten wurde von der Schule die BSF e.V. und die Lokale Koordinierungsstelle LOS der Stadt Marburg einbezogen. Hierbei wurde deutlich, dass eine Reduzierung der Bildungsangebote auf die Förderung der Erziehungsfähigkeit nicht nur nicht möglich ist, sondern auch inhaltlich nicht weit genug greift. Der Integrationsprozess der Eltern, gerade der zugewanderten Menschen, in Beruf und Gesellschaft müsse selbst im Mittelpunkt eines möglichen Projektes stehen. Dazu müsse auch unbedingt an den vorhandenen Ressourcen, Fähigkeiten, Denkmustern und Ideen der zugewanderten Menschen angeknüpft werden, um Angebote passend zu machen und den Erfolg zu ermöglichen.

Um diese Projektvorstellungen zu konkretisieren wurden Erkundigungen eingezogen, gemeinsam Fortbildungen besucht und Besuche vor Ort dort gemacht, wo Programme zur Elterneinbeziehung bereits erfolgreich laufen. Es entwickelte sich die Idee, bestehende Angebote der Förderung und Erziehung mit Elementen der Elternbildung zu vernetzen. Die guten Erfahrungen mit einzelnen Projekten sollten

um ein Unterstützungs- und Qualifizierungssystem ergänzt werden, das den Bedingungen in den beteiligten Institutionen angepasst werden sollte. Kooperation und Vernetzung sollten dabei zu einer Effizienzsteigerung der Arbeit führen.

Aufbauend auf diesen Überlegungen und Erfahrungen trafen sich am 31. Januar 2006 am Richtsberg verschiedene interessierte Gruppen und Träger, um die Überlegungen an die „Bildungspartnerschaften“ am Richtsberg zu formulieren.

Anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter der Schulen, der Kindertagesbetreuung, der Gemeinwesenarbeit, der freien und öffentlichen Träger der Jugendhilfe, der BewohnerInnen und der Politik.

Sie formulierten eine Reihe von Fragen:

- Welche Angebote gibt es bereits?
- Wie setzen sich Eltern aktiv mit ihren Kindern auseinander?
- Wie erreichen wir die Eltern und interessieren sie für die Ausbildung ihrer Kinder?
- Welche Vorstellungen haben die Eltern selbst?
- Wie bindet man Eltern längerfristig?
- Für welche Familien wird Unterstützung gesucht?
- Was von den bekannten Programmen kann für Marburg genutzt werden?
- Welche Nationalitäten / Sprachen sollen unterrichtet werden?
- Auf welche Altersgruppen soll gezielt werden?
- Wie soll der Austausch der Kulturvereine mit KiTas und Schulen aussehen?
- Welche Ressourcen brauchen wir (Zeit, Räume, Geld)?
- Was können andere Kulturen beitragen?
- Wie können Familien mit behinderten Kindern eingebunden werden?

In der Folge konkretisierten Karin Ackermann-Feulner (BSF), Brigitte Görg-Kramß (Astrid-Lindgren-Schule) und Iris Jauert (Kinder(h)ort Richtsberg) zusammen mit Christian Meineke (Stadt Marburg) und Claudia Wiesner (Universität Gießen) den Projektentwurf. Es kristallisierte sich eine *Vision* heraus.

Diese Vision, die im vorherigen entwickelten Grundüberlegungen und die folgenden dargestellten Projektideen wurden nicht nur am Richtsberg positiv aufgegriffen. Sowohl der Jugendhilfeausschuss als auch die anderen Gemeinwesenprojekte begrüßten den Ansatz. Der Magistrat stellte eine Förderung in Aussicht, falls der Projektteil für den Richtsberg im Rahmen des Programms Soziale Stadt genehmigt würde und eine Anteilsfinanzierung für die anderen Stadtteile vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie dem Hessischen Sozialministerium erfolgen würde.

Unmittelbar nach der Genehmigung für den Richtsberger Projektteil nahm die Jugendförderung der Stadt Marburg Kontakt zu den Institutionen in den drei Stadtteilen auf. Der hier vorliegende Antrag wurde gemeinsam konzipiert.

7. Die Vision: Bewährtes integrieren, Neues ausbilden

Es soll, so die Grundidee der „Bildungspartnerschaften“, nicht darum gehen, dass einzelne Einrichtungen kurzfristige Projekte entwickeln, sondern es soll aus der Bündelung bestehender Aktivitäten und der gezielten Einrichtung neuer Projekte ein abgestimmtes, ganzheitliches Konzept entstehen, an dem sich möglichst alle relevanten Dienste und Einrichtungen im Stadtteil beteiligen: Bewährtes soll also integriert und durch Neues ergänzt werden.

Das bestehende Kooperationsnetzwerk im Bereich Bildung soll ergänzt werden. Bestehende Aktivitäten sollen um Elemente aus Programmen wie „Rucksack“ oder „Opstapje“ erweitert werden. Dabei soll es jedoch nicht allein um die Sprachförderung für Kinder gehen, sondern insbesondere auch um eine Einbeziehung und Qualifizierung der Eltern im Stadtteil – auch der deutschsprachigen.

Dies mündet in zwei programmatische Sätze:

Jedes Kind soll mit guter Sprach- und Sozialkompetenz eingeschult werden und durch Bildung in der Gesellschaft sein Leben positiv gestalten.

Eltern sollen gute Sozial-, Erziehungs- und Sprachkompetenz erlangen, um bei der Erziehung ihrer Kinder verantwortlich mitzuwirken und ihren eigenen Weg in der Gesellschaft zu gehen.

Die „Bildungspartnerschaften“ sollen sowohl die Förderung von Kindern aller Altersstufen im Blick haben wie auch die Verbesserung der elterlichen Erziehungskompetenz. Die Unterstützung der Familien soll bereits vor der Geburt erfolgen, wie es etwa das Hebammenprojekt von Stadt und Landkreis vorsieht, das derzeit in den Anfängen ist. Darauf aufbauend soll die elterliche Kompetenz im Umgang mit Kindern von 0-3 Jahren, im Kindergarten- und Grundschulalter und schließlich auch bei Jugendlichen verbessert werden. Die verschiedenen Institutionen sollen dabei eng eingebunden und verschiedene Fördermodule wie die aufsuchende Arbeit, Elterngruppen und Beratungsangebote verknüpft werden.

Dabei kann auf eine breite Palette an bestehenden Angeboten, Erfahrungen und Einrichtungen zurückgegriffen werden. Diese sollen vernetzt sein.

8. Zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Bildungspartnerschaften

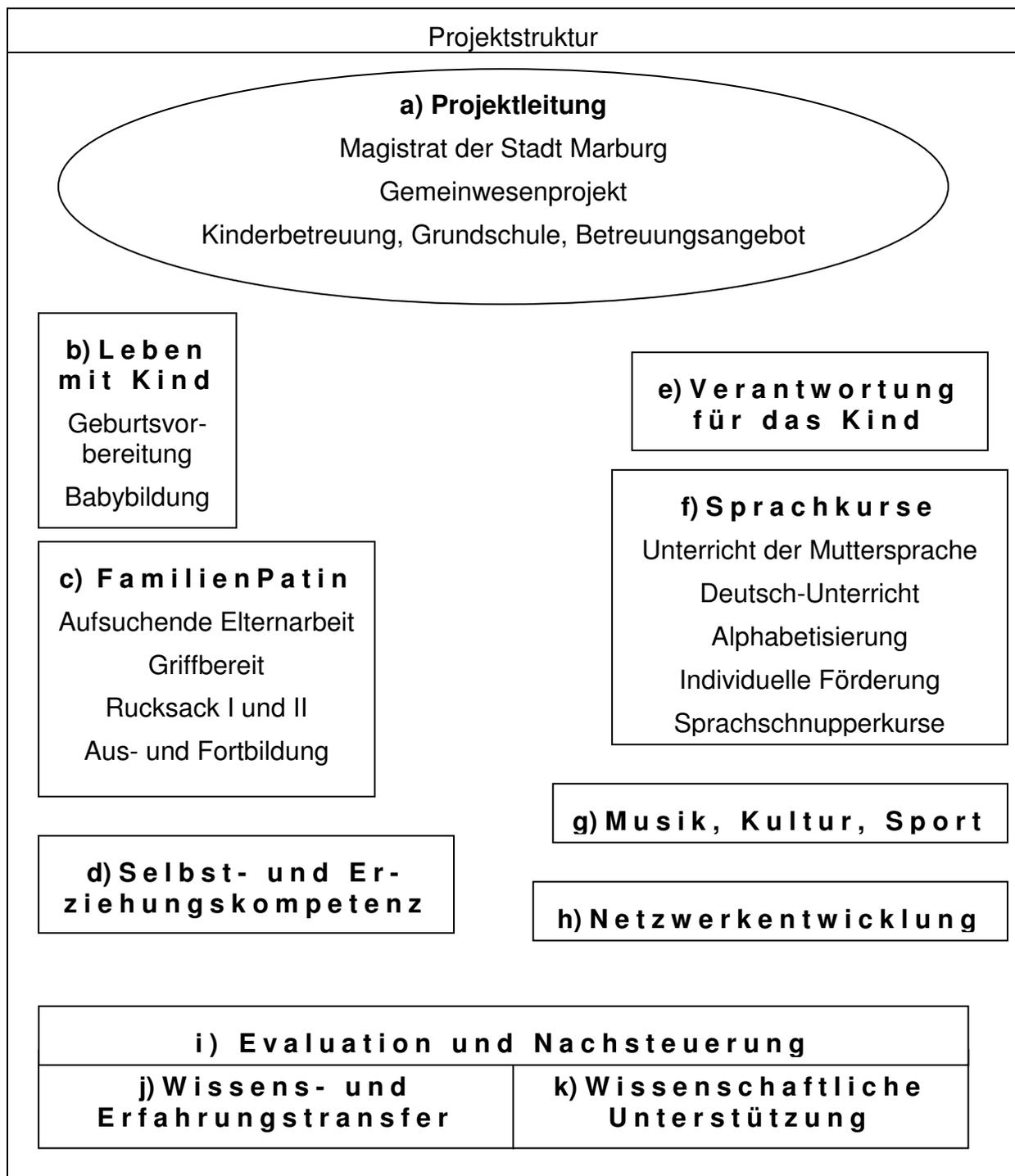
Es bestand Einigkeit darin, dass ein Projekt analog Rucksack, Hippy und Opstapje eingerichtet werden sollte. Darüber hinaus sollen die Projektideen konkretisiert und mit möglichen BildungspartnerInnen umgesetzt werden.

In einer öffentlichen Diskussion des Konzepts werden die Maßnahmenvorschläge nach der Genehmigung des Antrags vorgestellt. Diese werden in den einzelnen Stadtteilen besprochen, weitere Vorschläge, mögliche Verbesserungen und Weiterungen, insbesondere aber Kooperationszusagen und konkretere Projektideen sollen anschließend an die Träger erfolgen.

a) Projektstruktur

Das Projekt wird vom Magistrat der Stadt Marburg, Fachdienst Jugendförderung, beantragt und der Ablauf koordiniert. Vorgesehen sind unter dem Dach des

gemeinsamen Konzeptes Bildungspartnerschaften verschiedene Teilprojekte, die von unterschiedlichen Trägern und Vereinen durchgeführt werden können. Dazu müssen diese ein geplantes Projekt unter Berücksichtigung der Vorgaben für die Teilprojekte genauer beschreiben und können sich dann auf das Projekt bewerben. Die Projektleitung entscheidet über die Vergabe der Teilprojekte in Anlehnung an die Förderung gemäß § 74 SGB VIII. Der Entscheidungsprozess wird über die GWA zum fachlichen Nachvollziehen öffentlich gemacht. Das Projekt Familienpaten wird je Stadtteilprojekt durchgeführt und übernimmt wichtige Aufgaben im Bereich der Koordinierung auch anderer Projekte. Die Teilprojekte kooperieren miteinander. Ein regelmäßiger Austausch wird als Projektleitung innerhalb der Steuerungsgruppe Gemeinwesenarbeit organisiert.



Das Projekt baut keine weiteren eigenständigen Netzwerkstrukturen auf, sondern bleibt eingebunden in die vorhandenen Netzwerke der Stadtteile und der Stadt. Das vorstehende Schaubild zeigt die Projektstruktur, wobei tausende von Pfeilen, die die vielfältigen Beziehungen symbolisieren sollen, der Überschaubarkeit wegen weggelassen worden sind.

b) Leben mit Kind

Dieses Teilprojekt setzt an bestehenden Projekten wie dem „Frauengesundheitsprojekt“ oder „Mittendrin“ an. Es soll in die Überlegungen von Kreis und Stadt zu einem „Hebammenprojekt“ integriert werden.

Angeboten werden soll sowohl eine Einzelberatung (zentral im Stadtteil und aufsuchend) durch eine Familienhebamme, als auch stadtteilübergreifend Geburtsvorbereitungskurse für Mütter und Väter. Ein Geburtsvorbereitungskurs soll gemeinsam für kooperierende Eltern angeboten werden, ein Kurs nur für Frauen. Dieser zweite Kurs hat sowohl allein erziehende Frauen als Zielgruppe, als auch Frauen aus dem islamischen Kulturkreis. Für Väter, die ihre Elternverantwortung wahrnehmen wollen, aber nicht gemeinsam mit ihren Frauen einen Kurs besuchen, soll ein Vorbereitungskurs stattfinden, der sowohl die Veränderungen im Familienleben und –verantwortung thematisieren soll, als auch Themen wie Verantwortung für das Kind, Unterstützung der Lernprozesse des Kindes, Kleinkindversorgung etc. behandeln wird.

Kostenplan:

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
5.130,00 €	10.260,00 €	10.260,00 €	5.130,00 €	30.780,00 €
Std/Woche	Wochen	Anzahl	Geld pro Einheit	Summen
A: Beratung: Aufsuchend und Sprechstunde				
6	40	1	30,00 €	7.200,00 €
B: Eltern-Kind Gruppe Geburtsvorbereitung Kleinkindversorgung				
1	43	1	30,00 €	1.290,00 €
C: Mutter-Kind Gruppe Geburtsvorbereitung Kleinkindversorgung				
1	43	1	30,00 €	1.290,00 €
D: Väter-Gruppe Geburtsvorbereitung Kleinkindversorgung				
1	8	2x	30,00 €	480,00 €

c) Familienpatin

Dieser Projektteil stellt das Zentrum des Gesamtprojektes Bildungspartnerschaften dar. Wir orientieren uns vor allem an den Projekten „Griffbereit“ und „Rucksack“ der „Zentralen Koordinierungs- und Servicestelle für die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (RAA) aus NRW und übernehmen die dort zur Verfügung stehenden erprobten Arbeitsansätze, Methoden, Materialien und Qualitätsstandards. Hinzu kommt eine erweiterte aufsuchende Elternarbeit.

Im Unterschied zu den ursprünglichen Projekten wollen wir mit unseren Projekten auch die deutsche Bevölkerung des Stadtteils erreichen, da auf Grund der prekären sozialen Situation vieler Familien auch dort weitere Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten im Sprachenbereich für Kinder und Eltern gestaltet werden müssen.

Der Projektteil wird jeweils von dem Stadtteilprojekt IKJG e.V., AKSB e.V. bzw. Wolkenkratzer e.V. durchgeführt, hier erfolgt die Koordination der Gesamtmaßnahme. Hierfür stellen die Träger insgesamt 1,5 Stellen zur Verfügung. Je Stadtteil ist ca. 1/3 Stelle mit der direkten Projektkoordination befasst, dies umfasst auch die Auswahl und Begleitung der Familienpatinnen. 0,5 Stellen arbeiten aus den anderen Arbeitsbereichen der Träger dem Projekt zu; dies betrifft die Frauenarbeit, den Jugendbereich, die Geschäftsführung und die Sozialberatung. Folgende Kosten entstehen hierfür insgesamt:

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
34.400,94 €	67.301,88 €	67.301,88 €	33.650,94 €	202.656,00 €
1,5 Stellen x 9 Monate	1,5 Stellen x 1 Jahr	1,5 Stellen x 1 Jahr	1,5 Stellen x 6 Monate	Gesamtsumme

Die Aus- und Fortbildung gemäß den Qualitätsstandards der RAA wird, soweit sie nicht vom jeweiligen durchgeführt wird, auch ausgeschrieben und von einer Bildungseinrichtung (z.B. FBS) durchgeführt. Diese Kosten sind jeweils den Teilprojekten direkt zugeordnet.

c) 1. Aufsuchende Elternarbeit

Im ersten Teil der Vorbereitung des gesamten Projektteils erfolgt die aufsuchende Arbeit durch eine erfahrene Fachkraft. Hier geht es neben dem Kennen lernen der konkreten Familiensituation sowohl um die Werbung für die Tätigkeit als Familienpatin, als auch um Werbung für die Maßnahmen selbst.

Eine Familienpatin soll im Projekt, unterstützt durch eine Fachkraft, weiter aufsuchende Arbeit leisten und insbesondere auch die Familien erreichen, die von den Maßnahmen fortbleiben.

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
2.227,50 €	4.455,00 €	4.455,00 €	2.227,50 €	13.365,00 €
Std/Woche	Wochen	Geld pro Einheit	Summen	
a: Aufsuchende Elternarbeit durch Familienpaten				
9	45	11,00 €	4.445,00 €	
b: Anleitung				
8	durch Projektkoordination			
c: Vorbereitung Aufsuchende Arbeit durch Projektkoordination / Werbung und Vorbereitung 07.07 bis 09.07				
45	9	durch Projektkoordination		

c) 2. Griffbereit

Die Arbeitsansätze, Methoden, Materialien und Qualitätsstandards des Projekts „Griffbereit“ werden übernommen. Die Maßnahmen schließen sich an den Projektteil „Leben mit Kind“ an und beziehen sich auf das Kleinkindalter, die Angebote im Stadtteil für Kinder im Krippenalter werden einbezogen. Es werden auch Familien einbezogen, die den ersten Projektteil nicht mitgemacht haben. Das Projekt entwickelt und unterstützt die Aktivitäten der Eltern im ersten Entwicklungsschub der Kinder bis drei Jahre, insbesondere auch im Bereich des Spracherwerbs.

Je eine Familienpatin ist zuständig für bis zu 10 Kinder/Familien. Hierfür entstehen zusätzlich die folgenden Kosten:

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
4.620,00 €	9.240,00 €	9.240,00 €	4.620,00 €	27.720,00 €
3 Gruppen	3 Gruppen	3 Gruppen	3 Gruppen	
je Gruppe	Std/Woche	Wochen	Geld pro Einheit	Summen
Patin	6	40	11,00 €	2.640,00 €
Anleitung	2	durch Projektkoordination		
Material	3 Gruppen	40	11,00 €	1.320,00 €

c) 3. Rucksack I

Die Arbeitsansätze, Methoden, Materialien und Qualitätsstandards des Projekts „Rucksack“ werden übernommen. Es soll jedes Jahr pro Quartier je eine Gruppe angeboten werden.

„Das Programm „Rucksack“ geht die Förderung von Kindern im Elementarbereich mehrdimensional und systematisch an: Es berücksichtigt die Entwicklung der Kinder in Bezug auf ihre Lebenswelt und ihre Familie. Es hat ebenso das Bildungssystem „Kindertagesstätte“ und die in ihm Agierenden im Blick. Mütter, Erzieherinnen und Erzieher werden Partner für die Sprachförderung der Kinder. Rucksack zielt auf die Förderung der Muttersprachenkompetenz, auf die Förderung des Deutschen und auf die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung ab. Dabei werden die Mütter als Expertinnen für das Erlernen der Erstsprache angesprochen, nicht orientiert an ihren Defiziten, sondern an ihren Stärken.

Fortschritte, Interessen und Stärken sollten zwischen Erzieherin und Eltern ausgetauscht werden. Beide sind für die Entwicklung der Kinder verantwortlich. Beide können ihren Anteil für den Fortschritt der Kinder beitragen. Kinder können mehr, wenn sie in ihrer Entwicklung herausgefordert werden. Wenn sich Erzieherin und Eltern ergänzen, nutzt das den Kindern mehr, als wenn jeder für sich agiert.

Bildungsferne Eltern können im Laufe von neun Monaten lernen, wie sie ihre Erzieherkompetenzen zum Wohle ihrer Kinder verfeinern können. Die Anbindung an die Kindertagesstätte ist sehr wichtig und für die RAA eine Bedingung für die Weitergabe des Programms, denn hier soll die Förderung in der deutschen Sprache parallel zu der Arbeit mit den Müttern erfolgen.“
(www.raa.de/index.php?option=com_content&task=view&id=19&Itemid=333)

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
4.620,00 €	9.240,00 €	9.240,00 €	4.620,00 €	27.720,00 €
3 Gruppen	3 Gruppen	3 Gruppen	3 Gruppen	
je Gruppe	Std/Woche	Wochen	Geld pro Einheit	Summen
Patin	6	40	11,00 €	2.640,00 €
Anleitung	2	durch Projektkoordination		
Material	3 Gruppen	40	11,00 €	1.320,00 €

c) 4. Rucksack II

Die Arbeitsansätze, Methoden, Materialien und Qualitätsstandards des Projekts „Rucksack in der Grundschule – Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung“ werden übernommen. Die Materialien werden bei der „Stadt Essen / RAA / Büro für interkulturelle Arbeit für das Rucksack-Programm in der Grundschule“.

Die Maßnahmen richten sich an Grundschul Kinder und deren Eltern. Die näheren Verfahrensweisen werden in der weiteren Projektvorbereitung mit der jeweiligen Grundschule im Stadtteil abgesprochen.

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
5.570,00 €	11.140,00 €	11.140,00 €	5.570,00 €	33.420,00 €
3 Gruppen	3 Gruppen	3 Gruppen	3 Gruppen	
Bedarf: 25 Kinder pro Jahrgang				
je Gruppe	Std/Woche	Wochen	Geld pro Einheit	Summen
Patin	6	40	11,00 €	2.640,00 €
Anleitung	2	durch Projektkoordination		
Material	3 Gruppen	40	11,00 €	1.320,00 €

c) 5. Aus- und Fortbildung

Die Arbeitsansätze, Methoden, Materialien und Qualitätsstandards der Projekte „Griffbereit“ und „Rucksack“ werden übernommen. Dies beinhaltet die Aus- und Fortbildung der Familienpatinnen sowie der beteiligten Fachkräfte. Folgende Maßnahmen sind vorgesehen:

Aus- und Fortbildung der Familienpatinnen:

je Woche 2 Stunden mal 20 Wochen pro Jahr, Kosten: 30 Euro je Stunde:

2007: 9 Patinnen € 10.800

2008: 4 Patinnen (Nachschulung) € 4.800

2009: 3 Patinnen (Nachschulung) € 3.600

Fortbildung der sozialpädagogischen Fachkräfte sowie der Lehrkräfte:

Die Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen, der Träger und der Grundschulen sollen in den Arbeitsansätzen und Methoden von „Griffbereit“ und „Rucksack“ fortgebildet werden. Damit soll neben einer fachlichen Auseinandersetzung mit den neuen Methoden insbesondere eine Vereinheitlichung des Umgangs mit dem

Spracherwerb erreicht werden. Im Besonderen geht es auch um die Frage der Stützung der Erziehungskompetenz der Eltern durch die Fachkräfte.

Hierfür sollen 24 Stunden je Fachkraft innerhalb eines Jahres zur Verfügung gestellt werden. Bei ca. 24 Personen aus allen Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadtteile sowie der Projektbeteiligten der Träger entstehen Kosten in Höhe von 2640,00 € (3 Gruppen x 24 Stunden x 30 €). Die Vertretungskosten je Fachkraft für die 24 Stunden werden als Eigenleistung der Einrichtungen eingebracht.

Für die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer sollen jeweils 16 Stunden innerhalb eines Jahres zur Verfügung stehen, hier entstehen für 8 Personen aus den Grundschulen Kosten in Höhe von 1.920 € (1 Gruppe x 16 Stunden x 30 Euro plus 50% der Vertretungskosten 4 Personen x 16 Stunden x 30 Euro). 50% der Vertretungskosten sollen als Eigenleistung erbracht werden.

Supervision soll auch ermöglicht werden, möglichst durch die Erziehungsberatungsstelle. Eine Gruppe ist für die Familienpatinnen geplant (10 Termine zu je 120 Euro), eine weitere Gruppe für das Fachpersonal (6 Termine zu je 120 Euro). Damit entstehen pro Programmjahr Kosten in Höhe von 1920 €.

Kostenzusammenstellung:

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
14.480,00 €	8.080,00 €	5.520,00 €	960,00 €	29.040,00 €

d) Selbst- und Erziehungskompetenz

Zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern, die jedoch nicht zur Zielgruppe der besonders Benachteiligten gehören, oder die nicht an diesen Angeboten teilhaben wollen, sollen ergänzend statt einer regelmäßigen Elternschule verschiedene Kursangebote durchgeführt werden. Im Vorlauf zu dem Projekt sind bereits verschiedene Kurse erprobt worden, z.B. das Programms „Starke Eltern – Starke Kinder“ (Familienbildungsstätte) und Elterngesprächskreise „Eltern treffen Eltern“ (Gesundheitsamt). Es soll jeweils mit Eltern und Kindern gearbeitet werden, wobei bei der Elternarbeit neben der Stärkung der Erziehungskompetenz auch andere Fragen des eigenen Lebens, z.B. die Integration in den Beruf oder in die Gemeinschaft thematisiert und Zugänge, z.B. zu den Vereinen oder Hilfeangeboten geöffnet werden sollen. Vorgesehen sind pro Programmjahr je 2 Kurse für Eltern von Kindern im Vorschulalter und je 2 Kurse für Eltern von Kindern im Schulalter.

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
3	3	3		9
500,00 €	500,00 €	500,00 €	€	Summen
1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	€	4.500,00 €

e) Verantwortung für das Kind

In diesem Bereich geht es um die Thematisierung der Veränderungen im Alltag durch ein Kind und die Vorbereitung darauf. Dies richtet sich präventiv an Mädchen und Jungen ab ca. 12 Jahren und soll so konkret durchgeführt werden, dass die

Verantwortungsübernahme auch sinnlich erfahrbar wird. Wir sehen hier zwei Ansatzpunkte, das „Babysitterdiplom“ und das Projekt „Elternschaft auf Probe“.

Die Marburger Familienbildungsstätte hat im Stadtbereich bereits oft und am Richtsberg, finanziert über das bis Mitte 2007 laufende Projekt LOS, bereits zwei Kurse durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass neben der Möglichkeit des Aufbesserns von Taschengeld, die Kurse auch eine Auseinandersetzung mit dem Themenbereich „Kinder bekommen – Erziehung – Verantwortung“ bewirkten. Gerade aus diesem Grund sollen im Rahmen des Gesamtprojekts je Schuljahr zwei Kurse durchgeführt werden.

Wir suchen noch nach weiteren Möglichkeiten, über andere Vermittlungsformen die Thematik der Verantwortungsübernahme für Kinder den Teens nahe zu bringen. Ein Beispiel ist die „Elternschaft auf Probe“. Es ist fast wie ein richtiges Baby: Es schreit so, es riecht so, es sieht so aus und ist auch so schwer. In den Projekten wird mit einer Puppe gearbeitet, die über einen integrierten Computer die Aktivitäten eines Babys simuliert und die Reaktion der betreuenden Jugendlichen aufzeichnet. Die Puppen simulieren Bedürfnisse und Gefühle. Jugendliche können diese Puppen ausleihen und „spielerisch“ innerhalb eines festgelegten Zeitraums erproben, wie es sich „anfühlt“, Verantwortung für ein Kind wahrzunehmen.

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
3	3	3		9
500,00 €	500,00 €	500,00 €		Summen
1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €		4.500,00 €

f) Sprachkurse

In den Stadtteilen gibt es gerade im Vorschul- und Schulbereich Angebote im Bereich des Sprachunterrichtes. Über die Projektteile „Griffbereit“ und „Rucksack“ werden diese Programme unterstützt. Verstärkend und ergänzend zu den vorhandenen Kursen sollen die Ressourcen der Migrantenvereine und der Einrichtungen im Unterrichtsbereich angeregt, unterstützt und verstärkt werden. Auch diese Leistungen sollen ausgeschrieben werden. Folgende Elemente sind vorgesehen:

1. **Deutsch-Unterricht vor und neben der Schule:** insgesamt 1.800 Euro pro Programmjahr, davon je 50 % für Migrantenvereine und Einrichtungen
2. **Alphabetisierungskurse für zugewanderte Menschen:** insgesamt 3.000 Euro pro Programmjahr. Dieses Angebot wird meistens vergessen, es gibt jedoch in den Quartieren viele Menschen, die die Schriftsprache nicht beherrschen und die von daher nur wenig Chancen zum Spracherwerb haben.
3. **Sprachschnupperkurse für Fachpersonal:** insgesamt 500 Euro pro Programmjahr, für Migrantenvereine. Ziel ist, dass sich die Fachkräfte wichtige Begrüßungen und Redewendungen aus mehreren Sprachen aneignen. Hier können die sprachlichen Ressourcen zugewanderter Menschen eingesetzt werden.

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
1) Deutsch-Unterricht vor und neben der Schule				
900,00 €	1.800,00 €	1.800,00 €	900,00 €	5.400,00 €
2) Alphabetisierungskurse für zugewanderte Menschen				
1.500,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	1.000,00 €	8.500,00 €
3) Sprachschnupperkurse für Fachpersonal				
250,00 €	500,00 €	500,00 €	250,00 €	1.500,00 €
Gesamt				
2.650,00 €	5.300,00 €	5.300,00 €	2.150,00 €	15.400,00 €

g) Musik, Kultur und Sport

Ziel ist der interkulturelle und sprachliche Austausch. Angebote sollen in den Kitas, der Schule und durch Vereine durchgeführt werden. In diesem Bereich liegen besonders viele mitgebrachte Ressourcen zugewanderter Menschen.

Es sollen keine Dauerangebote gefördert werden, eher kürzerfristige Angebote, z.B. 8 Treffen zu 1,5 Stunden zu 30 Euro (240 Euro pro Kurs). Jedoch soll flexibel gehandelt werden, so dass Durchführende Spielräume für die Gestaltung haben. Gefördert werden sollen ca. 5 Kurse, Euro 1.200 pro Programmjahr sollen zur Verfügung stehen.

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
600,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	600,00 €	3.600,00 €

h) Netzwerkentwicklung

Es gibt im Stadtteil und der Stadt funktionierende fachliche und fachpolitische Netzwerke. Gefördert werden sollen in diesem Bereich informelle und kulturelle kulturenübergreifende Netzwerke im Sinne funktionierender Nachbarschaften. Hierbei soll auf vorhandene positive Beispiele aufgebaut werden, die in den letzten Jahren finanziert über das Programm LOS am Richtsberg entwickelt und ausprobiert worden sind. In diesen Projekten wurde die Erfahrung gemacht, dass sich zugewanderte Menschen aller Kulturkreise und die aufnehmende Bevölkerung, darunter ja auch wieder viele bereits länger zugewanderte Menschen, ähnlich einem funktionierenden Vereinsleben, in anderen Formen als Versammlungen zusammen tun können. Hierbei wächst in einem besonderen Maße das Gemeinschaftsgefühl und der gegenseitige Austausch im Alltag, die Verantwortung für Kinder wird gemeinsam gelebt und alle kommen sich näher.

Neben den hier beantragten Projekten ist noch das sehr erfolgreiche Projekt der Kulturmesse Kultur&Kulturen zu nennen. Die Kulturmesse ist mit einem eigenen Projekt um das Projektteil Türöffner erweitert werden. Die Finanzierung ist realisiert, das Projekt soll im Rahmen des Programms Soziale Stadt fortgeführt und auf die Stadtteile Stadtwald, Waldtal und Wehrda räumlich ausgedehnt werden.

1. Beispiel: **Bildungsfahrten**

Eine beispielhafte Bildungsfahrt wurde in den Osterferien 2004 von Hadara durchgeführt. Sie führte nach Köln, hier wurden u. a. Besuche bei LOS-

Integrationsprojekten, einer Moschee und dem Museum der deutschen Geschichte in Bonn durchgeführt. Abends wurde gemeinsam gekocht und viel erzählt. Über 80 Menschen aller Altersstufen und Kulturen nahmen teil. Das Resultat war überwältigend, seitdem gibt es bei den beteiligten Menschen, die oftmals auch MultiplikatorInnen sind, sehr viel mehr gegenseitiges Vertrauen und Verständnis. Ein weiterer Nebeneffekt war, dass durch das Kennen lernen von einem anderen sozialen Problemgebiet zugleich mehr Stolz auf die eigenen Leistungen in Marburg und mehr Selbstbewusstsein entstanden sind.

Im Rahmen des Projektes sollen ähnliche Fahrten gefördert werden. Inhaltlich soll es dann um Erziehungsfragen gehen, als Ziele können ggf. die Projekte in Essen oder Hannover besucht werden.

2. Beispiel: **Suppenfest als Beispiel für ein Stadtteilkulturfest**

Integration, Verständnis, Toleranz, "Vielfalt in der Einheit" und tägliches Zusammenleben sind keine theoretischen Aktionen. Jeden Tag müssen die Menschen ihre Beziehungen neu herstellen, Probleme lösen, durch Konflikte gehen, Vorurteile erfahren und Erfahrungen machen. Leider stehen in der Diskussion über Integration dabei nicht die täglichen kleinen Erfolge im Mittelpunkt. Am Richtsberg treffen jeden Tag unterschiedliche Kulturen aufeinander. Netzwerk Richtsberg e.V. hilft mit, dass über Gemeinsames und die Unterschiede gesprochen und sich verständigt werden kann (Diversity-Ansatz). Zum ersten internationalen Marburger Suppenfest wurden auch insbesondere die Mitbürgerinnen und Mitbürger eingeladen, die in ihrem täglichen Leben nicht die Möglichkeit und Erfahrung des Gesprächs mit Personen aus anderen Kulturkreisen haben.

Am 3.12.2005 drehten sich die Gespräche um die Suppe. Eine Lieblingssuppe hat fast jeder Mensch in jedem Land der Erde. Egal, ob aus Deutschland oder Frankreich, aus Australien oder dem Senegal, aus China oder Bolivien. Und egal auch, wie unterschiedlich die Zutaten sind, aus denen gekocht wird, eine Suppe löst ein Wohlgefühl in uns aus und verbindet dieses Gefühl auf einzigartige Weise mit dem Rezept, dem Koch, dem Menschen und schließlich auch mit dem Land, aus dem die Suppe stammt. Mit dem ersten Marburger Suppenfest traten wir der neuen Tradition der nachbarschaftlich-kulinarischen Suppenfeste bei. Begründet wurde diese durch das Festival La Louche d Or (die Goldene Suppenkelle) in der französischen Stadt Lille. Dort feiern die Anwohner bereits seit 2001 gemeinsam ein Suppenfestival. Die Nachbarn kochen Suppe und treffen sich anschließend auf der Straße zum Essen und Feiern. Beim Suppenfest wurden 30 verschiedene Suppen von Einzelnen/Familien, Gruppen und Vereinen und vereinzelt auch von der Gastronomie gekocht. Suppe kochen hat zwar Tradition, aber längst nicht mehr alle können es. Wir wollten gerade die Alltagskunst der guten Suppe bewahren und die Kochkünste hervorheben. Alle Rezepte und ihre Geschichten wurden in einem Rezeptbuch veröffentlicht. Dabei hieß Suppe nicht "Süppchen", sondern eher Eintopf und schmeckte nicht nur gut, sondern machte auch warm und satt und alle konnten die Integration schmecken.

Ähnliche Projektideen sollen gefördert werden.

3. Schulung Elternbeiräte

Vorgesehen sind Schulungen der Elternbeiräte in Bezug auf die Ziele und Maßnahmen des Projektes Bildungspartnerschaften und Familienpatinnen, damit auch die Mitwirkungsgruppen an diesem Programm beteiligt sind. Hierfür sollen jeweils 300 € zur Verfügung gestellt werden.

Gesamtzusammenstellung der Kosten in diesem Bereich:

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
Bildungsfahrten	2.000,00 €	2.000,00 €		4.000,00 €
Kulturfeste	2.000,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	6.000,00 €
300,00 €	300,00 €	300,00 €	Schulung	900,00 €
300,00 €	4.300,00 €	4.300,00 €	2.000,00 €	10.900,00 €

I, j, k) Projektsteuerung, Evaluation, Wissensmanagement

In einem Projekt dürfen Fragen der Steuerung und Evaluation ebenso wenig fehlen, wie die Frage des Erfahrungstransfers. Dies hängt alles zusammen und wird von den Antragstellern auch im Zusammenhang gesehen. Dennoch haben wir diesen Teil in drei einzelne Bereiche aufgeteilt.

i) Evaluation und Nachsteuerung

In alle geplanten Maßnahmen des Projektes werden wir Evaluationen einfließen lassen. Diese werden sich auf die beschriebenen Projektziele beziehen. In den Fällen, in denen Leistungen ausgeschrieben und Projektziele konkretisiert werden sollen, beziehen sich die Evaluationen auf die Zielkonkretisierungen. Wir streben insbesondere eine Wirkungsevaluation an, an der die jeweils betroffenen Menschen beteiligt werden, weil die Wirkungen auch von diesen Menschen als Teil des Koproduktionsprozesses der Leistung und der Wirkung beurteilt werden müssen.

Die Evaluation der einzelnen Projekte und die wissenschaftliche Unterstützung sollen die Projektleitung, darüber hinaus aber alle projektbeteiligten Bildungspartner in die Lage versetzen, das Projekt hinsichtlich der einzelnen Maßnahmen nachzusteuern. Dies ist als kommunikativer Prozess vorgesehen, in den sich die Bildungspartner einbringen und in dem über möglichst gute Lösungen gesprochen wird. Dies kann dann in einzelnen Teilen zu anderen Maßnahmen führen, als den zuvor beschriebenen. Dies ist dann mit den finanzierenden Partnern abzustimmen.

j) Wissens- und Erfahrungstransfer

Die Maßnahmen im Rahmen des Programms Soziale Stadt insgesamt, besonders aber des Projektes Bildungspartnerschaften, sollen nicht nur zu einer Verbesserung der Situation in den beteiligten Stadtteilen führen, sondern zugleich Erkenntnisse für die Gesamtstadt, andere Stadtteile und andere Städte und Regionen bringen. Deshalb sind Auftakt- und Auswertungsveranstaltungen ebenso geplant wie Veröffentlichungen und ein Transfer in die Partnerstädte von Marburg und die Herkunftsregionen der zugewanderten Menschen.

Die konkrete Form des Transfers wird im Verlauf des Projektes erarbeitet.

k) Wissenschaftliche Begleitung

So wie bei der Erarbeitung des Antrags eine wissenschaftliche Begleitung durch Frau Dr. Claudia Wiesner stattgefunden hat, soll auch das Projekt selbst wissenschaftlich begleitet werden. Dies soll in enger Beziehung zu den projektdurchführenden Personen geschehen. Ein Abschlussbericht zum Projektende ist nicht ausreichend. Vielmehr soll fortlaufend im Sinne einer formativen Evaluation der Projektfortschritt beschrieben werden, dazu werden die Ergebnisse der Evaluation der Maßnahmen genutzt. In einer jährlichen Klausurtagung der Projektleitung mit der wissenschaftlichen Begleitung werden die Ergebnisse zusammengefasst und –unter Berücksichtigung des Standes der wissenschaftlichen Forschung- veröffentlicht und vor Ort und im Rahmen des Wissens- und Erfahrungstransfers kommuniziert.

Hierfür und für den Wissens- und Erfahrungstransfer sind folgende Mittel vorgesehen:

2007	2008	2009	2010	07 bis 10
3.500,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	18.500,00 €

I) Finanzplan des Gesamtprojekts

Die Durchführung des Gesamtprojektes, welches in Anspruch und Umfang einen Modellcharakter hat, überfordert die Stadt Marburg finanziell. Das Projekt soll aber gerade auch einen Transfer der erworbenen Erfahrungen gewährleisten.

Zusammengefasst sieht der Finanzierungsplan folgendermaßen aus:

Projekt	2007	2008	2009	2010	07 bis 10
b) Leben mit Kind	5.130,00 €	10.260,00 €	10.260,00 €	5.130,00 €	30.780,00 €
c) Personalkosten	34.400,94 €	67.301,88 €	67.301,88 €	33.650,94 €	202.656,00 €
c1) Aufsuchende Elternarbeit	2.227,50 €	4.455,00 €	4.455,00 €	2.227,50 €	13.365,00 €
c2) Griffbereit Personal	3.960,00 €	7.920,00 €	7.920,00 €	3.960,00 €	23.760,00 €
c2) Griffbereit Material	660,00 €	1.320,00 €	1.320,00 €	660,00 €	3.960,00 €
c3) Rucksack I Personal	3.960,00 €	7.920,00 €	7.920,00 €	3.960,00 €	23.760,00 €
c3) Rucksack I Material	660,00 €	1.320,00 €	1.320,00 €	660,00 €	3.960,00 €
c4) Rucksack II Personal	3.960,00 €	7.920,00 €	7.920,00 €	3.960,00 €	23.760,00 €
c4) Rucksack II Material	1.610,00 €	3.220,00 €	3.220,00 €	1.610,00 €	9.660,00 €
c5) Aus- und Fortbildung	14.480,00 €	8.080,00 €	5.520,00 €	960,00 €	29.040,00 €
d) Selbst- und Erziehungskompetenz	1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	0,00 €	4.500,00 €
e) Verantwortung für das Kind	1.500,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	0,00 €	4.500,00 €
f) Sprachkurse	2.650,00 €	5.300,00 €	5.300,00 €	2.150,00 €	15.400,00 €
g) Musik, Kultur und Sport	600,00 €	1.200,00 €	1.200,00 €	600,00 €	3.600,00 €
h) Netzwerkentwicklung	300,00 €	4.300,00 €	4.300,00 €	2.000,00 €	10.900,00 €
l) Wissenschaftliche Begleitung	3.500,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	5.000,00 €	18.500,00 €
Summen	81.098,44 €	138.516,88 €	135.956,88 €	66.528,44 €	422.101,00 €
Gesamtsumme	81.098,44 €	138.516,88 €	135.956,88 €	66.528,44 €	422.100,64 €
Kosten Stadt	46.098,44 €	73.516,88 €	70.956,88 €	31.528,44 €	222.100,64 €
Finanzierung BAMF	20.000,00 €	35.000,00 €	35.000,00 €	20.000,00 €	110.000,00 €
Finanzierung HSM	15.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	15.000,00 €	90.000,00 €
davon Eigenleistung Träger	15.000,00 €	30.000,00 €	30.000,00 €	15.000,00 €	90.000,00 €
zusätzliche Mittel Stadt	31.098,44 €	43.516,88 €	40.956,88 €	16.528,44 €	132.100,64 €

Stand der Finanzplanung nach den Finanzierungsmitteilungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie des Hessischen Sozialministerium über das Regierungspräsidium Darmstadt. Die Stadt Marburg wird voraussichtlich für die Jahre 2008 bis 2010 höhere Zuschüsse beim Land Hessen beantragen, um die niedrigeren Zuschüsse des BAMF zu Teilen kompensieren zu können.

Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) 2005: Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. http://www.beruf-und-familie.de/files/dldata/ae2578195-a57950a726c303ed9dfcbf/12ter_kinder_und_jugendbericht.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003 (Hg.): Auf den Anfang kommt es an, Weinheim: Beltz

Hessisches Sozialministerium / Hessisches Kultusministerium (Hg.) 2005: Bildung von Anfang an. Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0 bis 10 Jahren in Hessen
http://www.hsm.hessen.de/irj/HSM_Internet?cid=c3a7491f3f0d2f75277c910dae6c6bef

Magistrat der Universitätsstadt (Hg.) 2004: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik; Wettbewerbsantrag der Stadt Marburg für den gleichnamigen Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung und des Bundesministerium des Innern; Marburg, Magistrat der Stadt Marburg; Programm Soziale Stadt Richtsberg; September 2004

Putnam, Robert D. 2000: Bowling Alone, New York: Simon & Schuster

Quartiermanagement Linden-Süd (Hg.): Modellprojekt vernetzte Sprachförderung und Elternbildung in Hannover-Linden Süd, Hannover: Stadt Hannover

Richtsberg Handbuch: Einrichtungen, Vereine, Institutionen, Geschäfte und mehr... herausgegeben vom Verein Lebenswerter Richtsberg e.V. in Kooperation mit dem Magistrat der Stadt Marburg im Rahmen des Programms Soziale Stadt, Marburg, Februar 2005

Stadt Essen, Büro für interkulturelle Angelegenheiten: „Rucksack“: Interkulturelle Sprachförderung und Elternbildung im Elementarbereich